

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politisch und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 28. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Mit dem 1. März 1901 eröffnen wir ein neues Abonnement
auf den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt beginnt am 1. März der Berliner
Roman

„Die bunte Reihe“

Von Fritz Maunhner.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren
sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Post-
anstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Ein-
getragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7071.)

In Belgien, Dänemark, England, Frankreich,
Holland, Italien, Luxemburg, Oesterreich-Ungarn,
Rumänien, Schweden, in der Schweiz, in Spanien und
Portugal, den Vereinigten Staaten von Nord-
amerika und andern zum Weltpostverein gehörenden
ausereuropäischen Ländern kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der
Post bestellt werden.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der
„Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und
Oesterreich-Ungarns, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Der Spreepfaff.

Die längst angekündigte Vorlage, die ein Oberpräsidium Berlin
schafft, ist dem Landtag unter dem Titel eines Gesetzesentwurfs,
betreffend die Organisation der allgemeinen
Landesverwaltung in den Stadtkreisen Berlin,
Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf zu-
gegangen. Es liegt bisher nur ein offiziöser Auszug des Ent-
wurfs vor. Danach beabsichtigt die Vorlage, die gegenwärtig ver-
einigten Oberpräsidenten von Brandenburg und Berlin zu trennen und
die in polizeilicher Hinsicht bereits durch das Gesetz vom 18. Juni
1900 an Berlin angefallenen Vororte auch auf allen sonstigen
Gebieten der Landesverwaltung an Berlin anzugliedern. Das soll
geschehen durch Bildung eines dem Oberpräsidenten von Berlin
unterstellten, aus den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, Schöne-
berg und Niddorf bestehenden besonderen Verwaltungsbezirks Berlin.

Der § 1 des Gesetzesentwurfs stellt fest, daß der Stadtkreis
Berlin und die bei dem Kommunalverband der Provinz Branden-
burg verbleibenden Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Nid-
dorf einen besonderen Verwaltungsbezirk unter einem Oberpräsidenten
von Berlin bilden sollen, und daß für diesen Verwaltungsbezirk in
allen polizeilichen Angelegenheiten an die Stelle des Regierungs-
präsidenten der Polizeipräsident, im übrigen der Oberpräsident tritt.
Jedoch können einzelne, dem Oberpräsidenten
obliegende Geschäfte, ausgenommen die Auf-
sicht des Staats über die Verwaltung der
Gemeinde-Angelegenheiten, dem Polizei-
präsidenten von Berlin übertragen werden. Eine
solche ausnahmsweise Uebertragung nichtpolizeilicher Befugnisse auf
den Polizeipräsidenten soll in einzelnen bestimmten Fällen, wie
z. B. bei Naturalisationsangelegenheiten und Enteignungssachen, aus
Gründen der Zweckmäßigkeit erfolgen. Die genauere Abgrenzung
der Geschäfte wird erst auf Grund der praktischen Erfahrungen zu
vollziehen sein und soll königlicher Verordnung vorbehalten
werden. Im übrigen wird, wie nachdrücklich hervorgehoben
werden mag, in keiner Weise beabsichtigt, dem Polizei-
präsidenten von Berlin Geschäfte des Regierungspräsidenten
in einem weiteren Umfange zu übertragen, als durch die
praktischen Bedürfnisse geboten erscheint.

Der § 2 dehnt den gegenwärtig für Berlin bereits geltenden
Rechtszustand, daß an die Stelle der Regierungsabteilung für Kirchen-
und Schulwesen in Angelegenheiten der kirchlichen Verwaltung der
Polizeipräsident von Berlin tritt, auf den Verwaltungsbezirk
Berlin aus.

Die der Regierungsabteilung für Kirchen- und Schulwesen zu-
gehörende Verwaltung der Schulanlagen, vor allem also des
Volksschulwesens, soll im Verwaltungsbezirk Berlin (§ 3), dem
Grundgedanken des vorliegenden Entwurfs entsprechend, von der-
selben Stelle aus erfolgen, welche diese Geschäfte für den Stadtkreis
Berlin vertritt. Es ist das gegenwärtig das Provinzial-Schulkollegium
für die Provinz Brandenburg. Eine Veränderung soll insofern ein-
treten, als dem Oberpräsidenten von Berlin ein
eigenes Schulkollegium beigegeben werden soll.

Für die Verwaltung der direkten Steuern (§ 4) wird im Ver-
waltungsbezirk Berlin, wie gegenwärtig im Stadtkreis Berlin, die
Direktion der direkten Steuern zuständig sein.

Für den Verwaltungsbezirk Berlin wird ein besonderer Be-
zirksausschuß errichtet (§ 11), wobei die gegenwärtig bereits
geltenden Bestimmungen unverändert aufrecht zu erhalten und
analog auf die nichtpolizeilichen Angelegenheiten aus den drei
in den Verwaltungsbezirk Berlin einbezogenen Stadtkreisen aus-
zudehnen sind. Die Zusammensetzung und die Befugnisse der ersten
und zweiten Abteilung des Bezirksausschusses bleiben wie bisher.
Hingegen wird eine dritte Abteilung für die
nichtpolizeilichen Angelegenheiten der Stadt-
kreise Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf
gebildet. Hierdurch wird sowohl die Einheitlichkeit der Ver-
waltung als auch das Recht der Vororte zur Wahrung ihrer
Interessen gewährleistet, ohne daß eine Schmälerung der Rechte
Berlins eintritt.

Als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes ist der 1. April 1902
in Aussicht genommen (§ 28).

Aus der allgemeinen Begründung des Entwurfs heben wir
hervor:

Der territoriale Zusammenhang und die Interessengemeinschaft
der vier Stadtkreise, die Veranlassung dazu gegeben haben, die
Leitung der polizeilichen Angelegenheiten in einer Hand zu ver-
einigen, lassen auch in andern administrativen Beziehungen eine
Zusammenfassung unter einer gemeinsamen Spitze als zweckmäßig
erscheinen. Aus sachlichen Rücksichten, um in der Erledigung der örtlich sich
ergebenden und sachlich oft zusammenhängenden Angelegenheiten
die erwünschteste Gleichmäßigkeit sicherzustellen, muß die Handhabung
der staatlichen Aufsicht über die Kommunal-Angelegenheiten für
Berlin und die drei Vororte einheitlich veranlagt werden. Die
Personalunion aber zwischen den Oberpräsidenten von Berlin und
Brandenburg kann auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden,
weil der Umfang der Geschäfte sich gewaltig gesteigert hat, ganz
abgesehen von der immer mehr hervortretenden sachlichen
Verschiedenartigkeit der den beiden Ober-
präsidenten einerseits in einem rein großstädtischen
andrerseits in einem überwiegend landwirtschaft-
lichen Bezirke obliegenden Aufgaben. Die admini-
strativen Erfordernisse verläßt man in wachsendem Maße die
Zeit und Arbeitskraft des Oberpräsidenten in Anspruch. Gleich-
zeitig vergrößert sich aber auch stetig die Arbeitslast des Ober-
präsidenten der Provinz Brandenburg.

In dem vorliegenden Entwurf ist die neu zu begründende
administrative Gemeinschaft mit Berlin auf die drei Vororte
Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf beschränkt worden,
weil, wie die Verhandlungen bei dem Polizeigesetz vom
18. Juni 1900 ergeben haben, vorläufig nur für
diese Gemeinden eine engere Angliederung
an Berlin als notwendig anerkannt wird. Im
übrigen sollen die Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und
Niddorf auch fernerhin im Kommunalverband der Provinz Branden-
burg verbleiben, einmal, weil zur Erfüllung derjenigen kommunalen
Aufgaben, welche von jenen Stadtkreisen im Rahmen des Provinzial-
verbands erfüllt werden (Jugendpflege, Zwangserschulung usw.), in
den drei Stadtkreisen geeignete Einrichtungen nicht vorhanden sind,
und dann, weil die Provinz ihre bezüglichen Anstalten unter der
Voraussetzung der dauernden Teilnahme der drei Stadtkreise an
denselben eingerichtet und ausgestaltet hat.

Die Tendenz des Gesetzesentwurfs hat die „Krenz-Zeitung“
vor einiger Zeit dahin bezeichnet, daß die Neuordnung dem Ober-
präsidenten die Möglichkeit geben sollte, die Selbstverwaltung Berlins
noch schärfer zu beaufsichtigen als das ohnehin schon heute der Fall
ist. Je mehr die Begründung verwaltungstechnische-sachliche Beweg-
gründe gesüßlich in den Vordergrund zu schieben sucht, um so
weniger wird man glauben können, daß diese Motive die einzig
maßgebenden gewesen seien.

Es ist in der That ein unlösbarer Widerspruch, daß man aus
Gründen der Vereinfachung eine großberlinerische Polizei- und Staats-
aufsicht trifft, dabei aber die einheitliche Kommunalver-
waltung, wie sie von den Anhängern der Eingemeindung ge-
fordert wurde, verweigert hat. Das kommunale Groß-Berlin
wollte man nicht, man hat das einheitliche Interessengebiet zerissen
und dadurch die größten Unbequemlichkeiten bestehen lassen
— dagegen haben wir nun ein Groß-Berlin der Polizei- und
Staatsaufsicht. Niemand wird unter solchen Umständen so
naiv sein, der Regierung zu glauben, daß sie lediglich die Vereinfachung
der Verwaltung anstrebe. Man will vielmehr die
reaktionäre Staatsgewalt mit noch größerer Wucht gegen die freiere
Entwicklung zur Anwendung bringen.

Was die Vorlage im einzelnen an Schlingen und Fußangeln
verbirgt, das wird erörtert werden können, wenn die Vorlage im
Wortlaut vorliegt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar.

sehte Mittwoch die zweite Lesung des Militäretats fort
und bewilligte nach fast sechsstündiger Verhandlung das Ge-
halt des Kriegsministers. Daß die Generaldebatte, die bei
diesem Titel regelmäßig einsetzt, heute schon abgelaufen, ist der
Zurückhaltung des Herrn v. Gohler zu danken. Er scheint der
Ansicht zu sein: Ichahre besser, wenn ich schweige. Dies System
hat in der That das Gute, daß es Entgleisungen ganz
unmöglich macht. Aber es war doch recht auffällig, daß er
die direkte Provokation, die Herr Bachem in der Duellfrage
an ihn gerichtet hatte, ganz ohne Antwort ließ. Nun, ein

stummer Augensang thut auch seine Dienste. Nur seine Kom-
missare schickte Herr v. Gohler vor, die in der Duellfrage
freilich auch nicht mehr herumrühren durften.

Die heutige Debatte wurde durch eine einstündige Rede
Kunerts eingeleitet, die sich in der Hauptsache mit dem
Thema der Soldatenmishandlungen beschäftigte. Unser Redner
hatte eine Reihe krasser Fälle dem Hause mitzuteilen, die von
der Heeresverwaltung, wie Generalmajor v. Diebahn ver-
sprach, näher untersucht werden sollen.

Der Antifemist Werner klamierte sich mit der Behauptung,
daß das englische Söldnerheer eine Milizarmee sei und
versuchte die Lieferungen deutscher Fabrikanten an die eng-
lische Heeresverwaltung zur Sprache zu bringen. Der
Präsident machte ihn aber darauf aufmerksam, daß diese An-
gelegenheit nur beim Etat des Auswärtigen Amtes erörtert
werden könne.

Genosse Herzfeld kritisierte das Eingreifen des Altonaer
Generalkommandos in einen partiellen Hafenarbeiter-Streik in
Bismarck im vorigen Sommer. Soldaten haben dort einen
Dampfer der Firma Diederichs gelockt, die ihren Arbeitern
eine Lohnerhöhung von 50 Pf. verweigert hatte. Der Ver-
treter des Kriegsministers gab die Thatsache zu, suchte sie
aber damit zu entschuldigen, daß es sich um einen Dampfer
der China-Expedition gehandelt hätte und Not im Verzuge
gewesen sei.

Debel polemisierte mit seinem Humor gegen Herrn
Oertel. Die tatsächliche Abnahme der Soldatenmishand-
lungen begrüßte unser Redner mit vollem Rechte als Erfolg
der unabhängigen Kritik im Reichstage. Diesen Erfolg erhofft
er auch von der unablässigen Erörterung der Frage des Duells
in der Armee.

Stadthagen wies auf das Spionagesystem hin, das
gegen Socialdemokraten im Schwange ist, und Herr Eich-
hoff von der freisinnigen Volkspartei erzählte von einem
rheinischen Bezirkskommandeur, der den Offizieren den ge-
sellschaftlichen Boykott eines kaufmännischen Duellverweigerers
befohlen hat.

In diese Auseinandersetzungen schob sich eine aus-
gebreitete Polendebatte, die trotz der Mahnungen des Prä-
sidenten gegen den Schluß hin den einzigen Gegenstand der
Unterhaltung bildete. Mehrere Polen nahmen das Wort und
polemisierten mit den Hauptpalatisten des Reichstags, dem
Fürsten Bismarck, dem Herrn v. Tiedemann und
Herrn Sattler. Herberich drückte dabei wieder einmal
seinen Kummer darüber aus, daß das Socialistengesetz
nicht von vornherein auf ewige Dauer erlassen worden sei.
Debel griff mit einigen treffenden Bemerkungen in die
Polendebatte ein und Debour geißelte die Thorheit der
Unterdrückungspolitik gegen die Polen mit eindringlichen
Worten.

Donnerstag wird die Beratung des Militäretats fort-
gesetzt.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Mittwoch die zweite Beratung des Etats der Eisenbahn-
Verwaltung beendet. Es wurden lediglich noch Wünsche isolater
Natur laut. Ein Antrag, worin die Regierung ersucht wird, dem
Hause regelmäßig Mitteilung von dem Ergebnis der Konferenzen
über Verbesserungen von Einrichtungen bei den Eisenbahnen zur
Erhöhung der Sicherheit des reisenden Publikums zugehen zu lassen,
wurde von dem Antragsteller, dem Abg. Fund (fr. Vp.), mit Rück-
sicht auf die Erklärung des Ministers zurückgezogen, daß er nach wie
vor jede an ihn gestellte Anfrage bereitwillig beantworten werde.
Die Freisinnigen sind doch zu bescheiden!

Am Donnerstag fällt die Plenarsitzung aus, damit die Budget-
kommission ihre Arbeiten fördern kann. Am Freitag steht die
Interpellation Kopsch (fr. Vp.) über den Mangel an Volks-
schullehrern und die zweite Lesung des Kultusetats auf
der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Die zweite Chinarate.

Dem Bundesrat ist ein Antrag zu dem Reichs-Haus-
halts-Stat für das Rechnungsjahr 1901 zugegangen.

An fortdauernden Ausgaben werden gefordert 2 802 738 Mk., an
einmaligen, und zwar: Aus Anlaß der Expedition nach
Ostasien 120 682 000 Mk.

Zur Erläuterung dieser letzteren Forderung wird gesagt:

An den Zielen, welche das Reich mit seinem militärischen Vor-
gehen in China verfolgt, und welche in der Denkschrift zum dritten
Nachtragsetat dargelegt sind, hat sich nichts geändert. Das
thatsächliche Eingreifen der Mächte hat die Lage in China,
wenn auch langsam, so doch merkbar und stetig gebessert.
Mit dem deutschen Oberbefehl kam Einheitlichkeit in die militärischen
Operationen der verschiedenen Kontingente. Die günstigen Wirkungen
sind nicht ausgeblieben, größere militärische Internenationen über
das besetzte Gebiet hinaus werden voraussichtlich nicht mehr er-
forderlich sein und nur noch kleinere Verabfolgungsfälle inner-
halb jenes Gebiets in Frage kommen. Unter dem Eindruck des
gemeinsamen militärischen wie politischen Vorgehens der Mächte hat
die chinesische Regierung die von den diplomatischen Ver-
tretern in Peking in einer Note zusammengefaßten und
von allen Mächten für unerschütterlich erklärten Friedens-
bedingungen ohne Vorbehalt angenommen und nur zu einzelnen
Punkten „Wünsche“ geäußert. Eine befriedigende Beendigung der
chinesischen Wirren erscheint nunmehr gesichert, wenn sich auch über

den Zeitpunkt, bis zu welchem das Ziel erreicht sein wird, eine bestimmte Voraussetzung noch nicht machen läßt. Die weiteren Verhandlungen werden sich mit Einzelfragen, namentlich mit der von China zu leistenden Entschädigung und den dafür zu treffenden finanziellen Veranlassungen zu beschäftigen haben. Da es, um die chinesische Regierung zum Eingehen auf eine befriedigende Regelung zu nötigen, eines militärischen Drucks bedarf, ist die unerminderte Befähigung der in China vorhandenen deutschen Streitkräfte vorläufig noch unerlässlich. Dementsprechend ist der Kostenbedarf einstweilen auf das volle Rechnungsjahr veranschlagt worden. Werden die deutschen Streitkräfte, wie aller Wahrscheinlichkeit nach anzunehmen ist, ganz oder zum Teil vor dem 31. März 1902 in die Heimat zurückbefördert, so treten entsprechende Ersparnisse ein.

Im einzelnen verteilen sich die Ausgaben wie folgt:

Bei der Verwaltung des Reichsheers	100 200 000 M.
Bei der kaiserlichen Marine	17 500 000 „
Bei der Post- und Telegraphenverwaltung	1 285 000 „
Pensionen, Witwen- und Waisengelder etc.	437 000 „
Kosten einer Denkmünze für die Teilnehmer an der Expedition	160 000 „
Unterstützung hilfsbedürftiger Familien von Teilnehmern	700 000 „
Für Kabelverbindungen zwischen Tientsin und Tschifu und zwischen Tientsin und Shanghai	400 000 „
Zusammen	120 682 000 M.

Der zweite China-Pomp übertrifft noch um etliches die vorherigen Aufzählungen. Die Begründung zeichnet sich durch ebenso große Naivität wie Verleumdung der Thatsachen aus. Halberstedt bekommt ein Extralob, das mit 273 Millionen allerdings ein wenig teuer erkauft ist, und überhaupt thut die Regierung, die in Wirklichkeit nichts schuldhafter wünscht, als aus dem heillosen chinesischen Abenteuer herauszukommen, als ob sie mit den Erfolgen ungemein zufrieden sei. Daß diese Vorpiegelung jemand ernst nehmen wird, die Reichsregierung selber nicht annehmen.

Das China-Abenteuer, für das diese ungemessenen Summen geopfert werden, war für Deutschland nichts als eine Kette diplomatischer Mißerfolge, politischer Irrtümer und nationaler Blamagen, die durch einen wilden romantischen Jüngling noch dazu halb Sachen halb Grausen erweckten. Auch von militärischen Großthaten kann keine Rede sein; es ist kein Ruhm, auf fast wehrlose Menschen zu pfeifen, und wenn die Majorität des Reichstags nur eine Spur von kulturellem Pflichtbewußtsein besäße, würde sie wenigstens den unter dem Titel „kleiner Veräußerungsstreifzug“ angeführten weiteren Vorkriegsjahren Einhalt gebieten. Fort aus China — das ist die einzige Lösung der furchtbaren Angelegenheit, die Europa Blut, Geld und den Kulturnamen gekostet hat. Leidenhäuser, zerstörte Orte, vernichtete Handelsbeziehungen und — Humenbriefe, das haben wir mit den 273 Millionen erkauft. Die Völker Europas und die Geschichte werden Rechnung von den mit der China-Schuld belasteten herrschenden Klassen fordern.

Wichtige Zerrüttung der Grundbegriffe des Preßgesetzes

richtet eine Entscheidung an, die am Dienstag der 2. Straßensat des Reichsgerichts fällt. Das Landgericht I in Berlin hatte am 12. Oktober v. J. den Redacteur der „Welt am Montag“, Herrn v. Gerlach zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wegen Verleumdung des Polizeipräsidenten. Die Verleumdung sollte enthalten sein in einem Leitartikel, den Herr v. Gerlach verfaßt hat. Während v. Gerlach sonst als „verantwortlich für den politischen Teil“ zeichnete, erhielt jene Nummer den Vermerk „verantwortlich für den Leitartikel Gerhard Rlieh, für den weiteren politischen Teil v. Gerlach, für den Handelsteil . . .“. Dennoch hat das Gericht Herrn v. Gerlach als verantwortlichen Redacteur für jenen Leitartikel in Anspruch genommen.

Der zweite Straßensat verwarf die Revision unter folgender Begründung:

„Der Senat ist zwar der Ansicht, daß die Zeichnung ein notwendiges Begleitmerkmal sei für die Feststellung, wer verantwortlicher Redacteur ist, daß dies aber für sich allein nicht genügt, sondern daß der Betreffende außerdem auch wirklich der verantwortliche Redacteur sei. Danach würde weder Rlieh noch v. Gerlach verantwortlich sein. Rlieh war aber kein Redacteur und v. G. war nicht verantwortlich, weil er nicht gezeichnet hatte. Nach der Feststellung des Landgerichts ist v. G. der einzige gewesen, der wirklich eine verantwortliche Redacteur-Karriere bekleidete; er hat den Artikel mit Kenntnis von seinem Inhalt zum Druck befördern lassen. Der Vermerk bezüglich der Verantwortlichkeit, wie er lautet, ist nur dahin zu verstehen, daß in Bezug auf diese eine konkrete Nummer Rlieh den Leitartikel verantwortlich zeichnete. Eine solche Erklärung ist bedeutungslos. Deshalb bleibt v. G. für den ganzen politischen Teil verantwortlich. Bei einer solchen thatsächlichen Auslegung des Vermerks ist v. G. mit Recht verurteilt worden.“

Der Straßensat erfindet einen vollkommen neuen Begriff des „verantwortlichen Redactors“. Herr Rlieh, sagt der Senat, sei zwar als verantwortlicher Redacteur auf dem Blatt verzeichnet; Herr Rlieh, sagen wir hinzu, war zwar bereit, die übernommene Verantwortlichkeit wirklich zu tragen — aber in Wirklichkeit sei er gar kein Redacteur, könne er also auch nicht als Verantwortlicher gelten. Was ist ein „Redacteur“? Auch er für eine bestimmte längere Frist in der Redaktion angestellt sein? Wie lang muß diese Frist sein? Ist der Chefredacteur der „Hamb. Nachr.“, der — allerdings aus besonderen Gründen — in Tagelöhner honoriert wird, kein „Redacteur“? Ist jemand der ausbilsweise in einer Redaktion beschäftigt ist, „Redacteur“? diese Fragen beweisen, daß die Rechtsprechung heillos verwirrt wird, sobald sie sich nicht an die vom Preßgesetz geforderte Willensbekundung desjenigen hält, der bereit ist, sei es für eine oder mehrere Nummern einer Zeitung, sei es für einen oder mehrere Artikel einer einzelnen Nummer die Verantwortlichkeit zu tragen. Ganz unglücklich ist die Zurückweisung des sich als Verantwortlichen darbietenden, wenn dieser sogar seine Verantwortlichkeit des Artikels zugesteht.

Der Straßensat hat die Bestimmungen des Preßgesetzes glücklich in das Gegenteil dessen ausgelegt, was sie deutlich besagen: der verantwortliche Redacteur ist nicht verantwortlicher Redacteur und der nicht verantwortliche ist verantwortlich! Derjenige, der allein die möglicherweise erfolgende Anklage und Strafe bestehen wollte, wird nicht als verantwortlicher Redacteur anerkannt; allerdings wird er, damit ihm nichts geschenkt bleibe, wegen Verleumdung oder wegen des sonst im intimierten Artikel gesunden Vergehens bestraft. Derjenige, der ausdrücklich die Verantwortlichkeit für den Artikel nicht zu tragen können erklärt und nicht tragen wollte wird dann auch noch angeklagt und verurteilt. —

Englische Befestigungen der Sunnenthaten.

In der „Concord“, Zeitschrift für die „Internationale Friedensgesellschaft“ schreibt ein englischer Offizier über seine Wahrnehmungen in China. Es heißt da u. a.:

„. . . Zwischen Peking und der Küste passierte ich viele kleine Städte und Dörfer; überall war geplündert worden, viele waren von den Bewohnern verlassen, still und leer lagen sie da, wie die Ruinen von Niniveh oder Babylon. Nur Aulis sah man hier und da, die von den Verbündeten zur Arbeit gezwungen waren. Außer in Peking und Tientsin begegnet man sonst in jener Gegend

keinen Eingeborenen, und jene zwei Städte dürften kaum noch ein Sechstel ihrer ehemaligen Bevölkerung haben. Tausende ungeschuldiger Leute sind abgeschlachtet, überall sieht man die Merkmale böswilliger Zerstörungswut und Gewaltthätigkeit. Ich hoffe und glaube, daß die Engländer weniger grausam gewesen sind, als die andern, aber sie haben auch ihr Teil am Ganzen gehabt.“

Nur wenige Chinesen legen ihr Geld auf Banken an, sie heben es in Kästen und Schränken auf oder vergraben es in der Nähe ihrer Häuser. Die Soldaten beschränken sich nicht auf die Plünderung der Häuser, sondern graben auch in den Gärten den Schätzen nach. Seide wurde in Ballen gestohlen, Porzellan, Pelze, Kunstgegenstände, alles wurde geraubt. In Tientsin wurde die Münze und andre öffentliche Gebäude geplündert, viele Soldaten hatten mehr Silber zusammen gestohlen, als sie tragen konnten.

Große Mengen der zusammengekauften Gegenstände wurden in den täglich stattfindenden (Plünderungs-) Auktionen versteigert; diese Auktionen wurden in den Räumen der englischen Gesandtschaft abgehalten. Nach der Einnahme von Peking ergriffen die Truppen Besitz von der kaiserlichen Garderobe, wo eine immense Menge von Kleidern aufgestapelt war. Mannschaften und Offiziere schleppen ganze Koffer voll davon fort. Als der amerikanische Kommandeur davon hörte, ließ er den Rest der Garderobe festhalten, und dann war auch bei den Amerikanern alle Auktion. Die prächtigsten Dinge kann man für ein Spotzigeld haben.

Es geschehen merkwürdige Dinge hier von unsren Offizieren und „Gentleman“. Die Zwangsarbeit, die den Aulis auferlegt wird, hat zu bedauerlichen Zuständen geführt, sie hat im höchsten Grade demoralisierend gewirkt. Es ist erstaunlich, wie schnell der Instinkt der Tyrannei im Menschen erwacht, wenn ihm seine Mitmenschen in unbeschränkter und unkontrollierter Gewalt gegeben sind.“

Humane Verrohung nicht auf in China beschränkt zu lassen, sondern auch über die Heimat zu verbreiten, bemühen sich die Organe der Weltpolitik und des größeren Deutschland eifrig. Die Zeitschrift „Ueberall“, das offizielle Organ des deutschen Flottenvereins, zeigt in einer Reihenfolge von Photographien die Hinrichtung dreier an der Vorkriegsbewegung beteiligter gewesener chinesischer Würdenträger. Dem Leser wird in Bildern vorgeführt zunächst der Scharfrichter mit seinen Schellen, es folgt „die drei zum Tode Verurteilten, das Gefängnis verlassend, um auf den Richtplatz geführt zu werden“, — die Verurteilten sind eskortiert durch deutsche Soldaten. Weiter: „Der Gang zur Richtstätte“, — Verleumdung des Urteils durch General Baillard — Graf Waldersee hatte zuvor die Hinrichtung anbesohlen; „die Hinrichtung“ zeigt, wie der Scharfrichter dem niedergebückten Chinesen den Kopf abschlägt. Die Bilderfolge schließt mit „Nach der Hinrichtung“ und „Abholung der Leichen zur Beerdigung“.

Es ist bisher wohl noch nirgends und niemals in Deutschland unternommen worden, die Hinrichtung von Verbrechern photographisch aufzunehmen und Bilder der furchtbaren Scene in Zeitschriften zu verbreiten. Erst seitdem den Deutschen die hehre Größe ihrer zivilisatorischen Aufgaben unter den Barbaren Ostasiens aufgegangen ist, haben sie sich bis zu solchen Widerwärtigkeiten erhoben. Eine offizielle Flottenzeitschrift, die von den „besten Kreisen“ unterstützt und empfohlen wird, empfindet es nicht als eine schändliche Abscheulichkeit, durch dergleichen Abbildungen das gesunde Gefühl jedes nicht völlig kulturell Verwahrlosten zu beleidigen und die deutsche Jugend durch sportsmäßige Behandlung erstere Ereignisse zu verrohen.

Achtung, Ritualmord! Die Dresdener „Deutsche Wacht“ veröffentlicht folgenden Aufruf, die selbst in Sachsen kein grober Unfug ist:

„Deutsche Eltern! Ostern naht wieder. Noch sind die grauenhaften Morde von Elzug, Tonten und König in aller Gedächtnis. Ungeahnt ist der Jrevel und wird es wohl auch bleiben. Diese drei charakteristischen Morde fanden einer wie der andre kurz vor Ostern statt. Hütet Eure Kinder! Warnt sie vor jeglichem Verkehr mit verdächtigen Juden, daß ihnen nicht ein ähnliches Schicksal bereitet werde, wie jenen blühenden Kindern, die infam hingerichtet und zerstückelt wurden. Deutsche Eltern, hütet Eure Kinder ganz besonders in der Osterzeit!“

Hoffentlich giebt der Dr. Bödel wenigstens in der Osterzeit die intimen Beziehungen zu jüdischen Journalisten auf; denn wer weiß, ob man nicht auch nach seinem Blute lechzt! —

Centrums-Taktik.

Eine andre Taktik soll von ultramontaner Seite gegen die Socialdemokratie eingeschlagen werden. So verlangt wenigstens ein Teil der katholischen Presse am Rhein. Der „Arbeiter“, das Organ der katholischen Arbeitervereine Nord- und Südwestdeutschlands, der in Berlin erscheint, hatte in albekannter Art, die selbst das Centralorgan der „Germania“ nicht als zu schmächtig verschmäht, über die socialdemokratischen Führer hergezogen. Die „Hunderttausende“ würden den Arbeitern wieder aus der Tasche gezogen und die Führer lebten in Sand und Brans, zur Unterstützung der Arbeiter blieb selbstverständlich nichts übrig. Der Schlußsatz des Artikels heißt:

„Die armen Arbeiter müssen zahlen und immer wieder zahlen, damit die Kosten der Agitationen gedeckt werden; die Führer aber freuen sich ihres Reichthums und bereben die große Masse immer wieder, noch mehr Arbeitergroßen auf den Altar der Propaganda niederzulegen.“

Ueber den Artikel entrüsteten sich einige katholische Zeitungen und besonders scharf die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ des katholischen Arbeitersekretärs Giesberts. Sie schreibt:

„Wenn man eine solche Notiz in einem Scharfmacherorgan Stummischer Coureur gefunden hätte — und es scheint uns heiliger, als rühre sie daher — so wäre das nicht verwunderlich. Von diesen Leuten, die ihren eignen Sekretären fürstliche Gehälter bezahlen und ein ganzes Heer von Präpulis schwer honorieren für die systematische Bekämpfung aller Arbeiterbestrebungen, für Propagierung von Zuchtanstalten und Ministerhürerei, ist man nichts andres gewohnt. Daß jedoch ein katholisches Arbeiterblatt mit solchen unheimlichen Mitteln den Kampf gegen die Socialdemokratie und die Gewerkschaften führt, das ist beschämend und — unsrer eignen Sache recht gefährlich. Gefährlich deshalb, weil es die katholischen Arbeiter in den Gedanken einwiegen muß, es könnte ohne Opfer an Geld für ihre Sache etwas erreicht werden; dann weil es die katholischen Arbeiter mißtrauisch machen muß gegen ihre eignen Kameraden, welche in der Bewegung stehen. Weiß denn der „Arbeiter“ nicht, daß gerade unsre katholische Arbeiterbewegung eben deshalb nicht vorwärts kommt, weil überall die Mittel fehlen, um energische Agitation zu betreiben und geeignete Arbeiter frei zu stellen? . . . Wahrscheinlich, wir haben alle Ursache, uns die Opferwilligkeit der socialdemokratischen Arbeiter zum Vorbild zu nehmen. Wie die Gelder verwendet werden, ist in erster Linie Sorge der socialdemokratischen Arbeiter selbst.“

Nach längeren Ausführungen über die Kampfweise des Centrums im allgemeinen gegen die Socialdemokratie schreibt sie weiter:

„Deuts sind wir in die Notwendigkeit veretzt, selbst bezahlte Agitatoren anzustellen, die von Arbeitergroßen leben müssen, um ihre ganze Kraft der Arbeiterbewegung widmen zu können. Sehen wir der opferwilligen socialdemokratischen Arbeiterschaft eine gleiche opferwillige christliche Arbeiterschaft gegenüber und führen wir den Kampf gegen die Socialdemokratie mit ehrlichen Mitteln, nicht mit Argumenten, die in unser eignes Fleisch schneiden.“

Mehr der Not gehorchend als dem eignen Triebe, scheint also ein Teil unsrer Gegner eine anständigere Taktik einschlagen zu wollen. Die Mehrzahl wird freilich bei dem alten bewährten Schmutz und Laffinn verharren.“

Ministerkrise in Bayern. München, 25. Febr. (Fig. Ber.) Von ultramontaner Seite wurde kürzlich die Mitteilung gebracht, der bayerische Kriegsminister habe die Absicht, wegen der Prinz Alfons-Affaire seinen Abschied zu nehmen. Diese Nachricht wurde zwar dementiert. Die „Münchener Post“ nahm aber trotzdem Veranlassung, ein Gerücht zu registrieren, das sich mit großer Hartnäckigkeit erhielt. Danach sollen nach dem bevorstehenden großen Festlichkeiten aus Anlaß des 80. Geburtstags des Regenten fünf von unsren sechs Excellenzen ihre Posten verlassen.

Zu dieser Meldung, die unser Münchener Parteiblatt unter Ablehnung jeder Verantwortung giebt, ist noch folgendes nachzutragen: Die Absicht zu demissionieren dürfte bei den betreffenden Ministern allerdings nicht vorhanden sein. Wohl aber ist man an andrer, sehr hoher und einflußreicher Stelle der Ansicht, daß die Besetzung des Ministeriums mit frischen Kräften sehr am Platze wäre. Diese Meinung wurde vor einiger Zeit von dieser Stelle in sehr drohlicher Form zum Ausdruck gebracht. Ein hoher Würdenträger glaubte nämlich in einem Gespräch, das zwischen dem betreffenden hohen Persönlichkeits und einem bekannten Künstler stattfand und sich auf die Vertretung der französischen Kunst auf der nächsten Ausstellung in München bezog, die Vertretung einschalten zu müssen, man brauche gar nicht stolz zu sein auf die Vertretung eines Landes, in dem alle Monate die Minister wechseln. Er erhielt hierauf zur Antwort, daß ein solcher Zustand noch immer besser sei, als wenn ein Ministerium gar nicht gehen wollte! Wegen den Künstler gewendet, sagte man noch hinzu, nach dem 12. März werde sich ja manches ändern.

Auf diese Vorgänge dürften die Kreislagerichte zurückzuführen sein. —

Für den Vortrager. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: In unserm reichsländlichen Rentner- und Bürgermeister-Parlament haben 37 Mitglieder einen Antrag eingebracht, die Regierung solle ersucht werden, im Bundesrat für eine ausreichende Erhöhung der Getreidezölle einzutreten. 58 Mitglieder zählt der Landesparlament im ganzen, an der Annahme des agrarischen Antrags ist also nicht zu zweifeln. Ebenso sicher ist aber auch, daß dieser agrarischen Demonstration zu Gunsten der Vertretung des menschenliebenden Volksernährungsmittels nicht die geringste politische Bedeutung zukommt.

Andererseits ist dem Gemeinderat der Stadt Straßburg seitens seiner socialistischen Mitglieder der Antrag zugegangen, gegen jede Erhöhung der Getreidezölle Stellung zu nehmen. —

Die gelben „Vestien“.

Die Titulatur „Hunde“ und „Vestien“ gegenüber den Chinesen war ja eine Lieblingsbezeichnung unsrer ostasiatischen Kulturträger in den europäischen Kulturkreisen. Auch die Herren Kriegsreporter und Journalisten haben sich dieses Schlagwortes und ihrer Journalistenhaftigkeit herab mit souveräner Verachtung über die gelbe Rasse und die chinesischen Zustände. Erst allmählich machte hier und da die abgeschmackte Ueberhebung und Schnobdrigkeit einer sich zuerst nur schäblichsten hervorzuhebenden, schließlich aber nicht mehr zu verhehlenden Bewunderung Platz: Wie seltsam zum Beispiel, daß die chinesischen Bauern sich nicht nur durch eine viel rationellere Bewirtschaftung des Bodens, sondern auch durch einen viel entwickelteren Reichtums- und Schönheitsförm vor unsren deutschen Bauern auszeichneten. Was aber vollends der zweifellos beste Kenner der chinesischen Verhältnisse, Sir Robert Hart, der ein ganzes Menschenalter lang Land und Leute, Sitten und Gebräuche Chinas zu studieren Gelegenheit hatte, in der neuesten Nummer der „Deutschen Revue“ über die gelben „Vestien“ sagt, muß bei jedem Bekehrungsübigen vollends den zypheischen europäischen Kulturkünstler mächtig erschüttern. Sir Robert Hart führt u. a. aus:

„Die Chinesen sind ein stolzes — einige sagen ein hochmütiges — Volk, aber sie haben sehr gute Gründe für ihren Stolz, und ihr Hochmut kann entschuldigend werden. Fern von der übrigen Welt haben sie für sich dahingelebt und ihre eigene Kultur entwickelt. . . .“

Die Künste des Friedens haben in den Augen eines jeden die erste Stelle eingenommen, und genau so wie die Macht dem Rechte weichen muß, so werden geistige Vorträge über all geehrt, wo sie sich auch zeigen mögen, und die Führer des Volks sind die, die in den maßgebenden staatlichen Präzisen bewiesen haben, daß sie mehr Vergabung besitzen, als ihre Genossen. Zu keinem andern Lande geniebt die Bildung so viel Achtung und Ehre, bringt so viel Nutzen und trägt so hohe Belohnungen ein; auf ihrer schwanen Leiter, die breit am Fuße, schmal an der Spitze ist, kann der Sohn des ärmsten Bauern zu den höchsten Stellungen unter den Staatsmännern in nächster Nähe des Throns emporsteigen, und so groß ist die Verehrung für die Schriftzüge, jene einfachen Liebertragungsmittel des Gedankens, daß es als Entweihung gilt, auf ein beschriebenes oder bedrucktes Blatt Papier zu treten. . . . Die kindliche Liebe begründete gegenseitige Verantwortlichkeit, und diese wiederum ermöglicht die Herrschaft des Rechts ohne Rücksicht auf Macht; die negative Vorschrift, nichts zu thun, von dem wir nicht wollen, daß die andern es uns thun, macht aus der Nichttheilnahme in fremde Angelegenheiten eine Tugend und begünstigt Vorurteilslosigkeit und allseitige Toleranz.“

Auch über die Ursachen der nationalen Erhebung der Vögel giebt Sir Robert Hart eine Darstellung, die wohl gehässig angegriffen, schwerlich aber als unrichtig nachgewiesen werden wird:

„Durch die Verträge von Tientsin erlangten die Fremden einige Vorrechte, die in der Folge von verschiedenen Eingeborenen, deren Interessen dadurch verletzt waren, als schädlich betrachtet wurden. . . .“

Missionare ließen sich an manchen Orten im Innern des Landes nieder, und dies war die Ursache nicht nur von Streitigkeiten zwischen Bekehrten und Heiden, sondern auch von Kriegen, daß sich die Missionare in die amtlichen Geschäfte der Orte mischten und dadurch sowohl die Mandarinen als das Volk reizten. Mehr als all dieses aber erbitterte die fortgesetzte Verleumdung, die in der Ausbeutung der Exterritorialität (Verletzung von den Befehlen des Landes) lag. . . .“

Auf chinesischer Seite haben wir Prinz Kung ausrußen hören: „Verschon Sie uns mit Ihrem Opium und Ihren Missionaren und alles wird gut werden.“ während der noch größere Wen Ohsang, der um dieselbe Zeit gleichsam Prinzminister war, bei einer Gelegenheit sagte: „Bereitigen Sie Ihre Exterritorialitäts-Kaufel- und Kaufleute und Missionare können gehen, wohin sie wollen.“ Es mag in der Sprache eines jeden eine gewisse Ueberhebung liegen, aber diese Sprache drückte eine Anspannung aus, und diese Anspannung verbreitete sich außerordentlich schnell.“

Die besten und uninteressierten Chinesen — Sir Robert Hart und Herr v. Brandt — geben über die Schuld an der Vorkriegsbewegung eine so übereinstimmende und einleuchtende Darstellung, daß die entrüsteten Ablehnungen der Schuldigen keinen Glauben finden können. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zu Brüggeleiten kam es am Mittwoch wieder im Abgeordnetenhaus. Der Oesterreich-Deputierte der Jungescheu, namentlich die Rede des Abgeordneten Treffe, riefen den Widerspruch der Aenderlichen hervor. Mehrere radikale Deutsche naherten sich den Banken der Radikal-Gesellen und begannen mit denselben ein Handgemenge. Diese Scene wiederholte sich noch zweimal.

Die Sitzung mußte auf eine halbe Stunde unterbrochen werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung konnte Abg. Treffe seine Rede, allerdings nur unter fortgesetztem Widerspruch der Abgeordneten, beenden. Hierauf wurde die Verhandlung über die eingegangenen Dringlichkeitsanträge wieder aufgenommen.

Frankreich.

Die Enthüllungen Déroulades. Déroulade hat, um wieder einmal von sich reden zu machen, auf einem Nationalistenmeeting, das in San Sebastian zur Feier des so häufig mißlungenen Putschversuchs in der Revilly-Kaserne stattfand, allerlei Enthüllungen über das Mißgeschick seines Handstreichs gemacht. Nach seiner Darstellung mißlang der Putsch nur deshalb, weil er als tugendhafter Republikaner das an ihn gestellte Ansehen, die Pläne der Royalisten zu fördern, entrüstet zurückwies. In der Nacht des 23. Februar seien bereits alle Vorbereitungen zu dem geplanten Handstreich getroffen gewesen, als morgens 2 Uhr jemand, dessen Namen er nicht nennen wollte, ihn aufgesucht und ihm die Frage vorgelegt habe, was er thun werde, wenn im Augenblick der Aktion der Herzog von Orleans sich unter die Putschisten mischen werde. Er habe darauf geantwortet: „Wenn der Herzog von Orleans sich morgen unter die Putschisten mischen sollte, so werde ich ihn selbst beim Stragen nehmen. Ich bin ein plebiszitärer Republikaner, der ebenso ein Feind der monarchistischen Restauration wie der Weibehaltung des parlamentarischen Regimes ist. Ich handle für die Republik.“

Sein Staatsstreichversuch sei darauf durch den Verrat einiger Royalisten vereitelt worden. Man habe am Morgen alle polizeilichen und militärischen Dispositionen geändert; General Koget habe ihn, statt gegen das Ellysée zu marschieren, verhaftet.

Die bonapartistische „Autorität“ bemerkt zu den Enthüllungen, daß Déroulades Andeutung, daß Generale seine Komplizen gewesen seien, auf die Oeffentlichkeit einen schlechten Eindruck machen dürfte. Von solchen Dingen spreche man nicht, selbst wenn sie wahr seien, geschweige denn, wenn sie zweifelhaft seien.

Jaurès schreibt in der „Petite République“, der Antisemit Guérin habe die Royalisten von Déroulades Plan unterrichtet; diese hätten während des Truenergottesdienstes die beteiligten Generale veranlaßt, nichts zu Gunsten Déroulades zu thun. Nach dem „Siècle“ müßte der ehemalige Ministerpräsident Charles Dupuy die Absicht Déroulades gekannt haben, weil er den Kriegsminister veranlaßt habe, die Aufstellung der zum Leibesbegnadigung ausgerichteten Truppen zu verändern. Trotzdem habe Dupuy Déroulade nicht wegen Hochverrats verfolgt, sondern nur wegen Preßvergehens vor das Schwurgericht geschickt; Dupuy müßte deshalb vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Der Temps“ erklärt ziemlich kühl:

„Es ist Sache der Royalisten, Herrn Déroulade zu antworten und Aufklärung darüber zu erteilen, ob sie ihn der Polizei denunzierten. Wie es sich aber auch mit dieser Anklage verhalten mag, so ist es augenscheinlich, daß die Royalisten Herrn Déroulade nicht gern im Ellysée gesehen hätten. Hier greift man mit Fingern das Thorische und das Machlose der nationalen Koalition. Die verschiedenen Parteien, Gruppen, Royalisten, Bonapartisten, Dérouladisten, Nationalisten des Parlaments, „französische Sozialisten“ usw. sind einzeln genommen so schwach, daß sie das Bedürfnis haben, sich gegen den gemeinsamen Feind zu verbinden. Daraus ergibt sich eine lörmende Opposition, die manchmal stark genug ist, um vorübergehend die öffentliche Ruhe zu stören. So war der Boulangerismus, so ist der Rationalismus. Aber diese Koalition, welche Unruhe und Wirren stiften kann, ist negativ in ihrer Politik, des Handelns, der Einsetzung einer neuen Ordnung unfähig, denn wenn alle die kleinen Gruppen einmütig zerstören wollen, was da ist, so hat eine jede eine Ordnung vor Augen, die sie einführen möchte, oder einen Präsidenten, der untergebracht werden sollte. Am Tage vor der Revolution müssen sie sich zanken und auf einander schießen.“

Italien.

Die Hungernöte in Apulien.

Rom, 24. Februar.

Die Bourgeois-Journale wimmeln von Korrespondenzen aus Apulien — den 3 Provinzen Bari, Foggia und Lecce an der Südküste der Adria — welche von der Hungernöte berichten, von der Tausende und Abertausende seit Monaten beschäftigungslos Arbeiter, die von allem entblößt sind, betroffen worden sind.

Jene Gegend, durch die Aufhebung der Handelsverträge mit Frankreich schon empfindlich geschädigt, hat innerhalb von 5 Jahren schon 2mal die Cholera ihre Weinberge verwüsten lassen und es erleben müssen, daß die *mosca olearia* die Olivenernte vernichtete. Bei dem gänzlichen Ausfall jeglicher Ernte können die Besitzer die Steuern nicht bezahlen, die Pächter können ihre Pacht nicht entrichten und beiden fehlt das Geld, um die erforderlichen neuen Landarbeiten vornehmen zu können. Die Landarbeiter, ausgemergelt von den Arbeitgebern, vom Hunger geschwächt, halb erfroren, fordern Arbeit. Ihre schon in einer früheren Korrespondenz geschilderte enorme Verelendung der Lage — die Arbeiter feiern es als Fest, für 20 Centesimi Tagelohn arbeiten zu können — hat schon in verschiedenen Ortschaften zur Erneuerung der vor einigen Jahren vorgekommenen Hungertumulte geführt, und in Rarò hat die empörte und verhungerte Bevölkerung einem Millionär der Ortshof, der sich geweiht hatte, ihr Arbeit zu geben, die Scheiben eingeworfen.

Die Behörde hat sofort Vorlesungen gegen den Hunger getroffen . . . nämlich, sie hat sofort per Extrazug Truppen dorthin beordert!

In Foggia hat der Magistrat Brot zu 15 Centesimi das Allogramm bestellt, wobei er ca. 100 000 Lit. bei diesem billigen Verkauf zuseht. Die Brotwagen wurden von der ausgehungerten Bevölkerung hauptsächlich im Sturm angegriffen. Die Menge wurde mit gefälltem Bajonett von den Truppen zurückgeworfen, wobei ein 16jähriger Junge einen Bajonettschlag durch die Kehle erhielt.

Die Regierung hat bis jetzt 36 000 Fr. für die Volksküchen und die Armen gesandt.

Ein Tropfen auf einem heißen Stein!

In nicht erfreulicherer Lage befindet sich die Bevölkerung der Capitanata, wo schon Demonstrationen von Landleuten vor dem Rathaus stattgefunden haben, und im Neapolitanischen hat die Schließung verschiedener Werkstätten eine Vermehrung der Diebstähle und Ueberräube gesiegt.

Rumänien.

Das neue Kabinett ist folgendermaßen konstituiert: Sturdza Präsidium, Averescu und Interimistischer Krieg, Aurelian Averescu, Stoicesco Justiz, Jean Bratianu Öffentliche Arbeiten, Garet Unterrichts, Palladi Finanzen, Missir Domänen. Die Minister haben bereits den Eid geleistet.

Afrika.

Die Somali-Expedition wurde nach einwöchigem Marsch, auf dem sie 114 Meilen zurücklegte, beim Urtischen eines Lagens von den Aufständischen überfallen. Es gelang, den Feind zurückzuwerfen, der 150 Mann verlor. Die Engländer hatten 17 tote, darunter Raitland, und mehrere Verwundete. Die Kolonne kehrte nach Jaf Madu zurück.

Der Boeren-Krieg.

Eine Zusammenkunft Kitcheners mit Botha

soll nach der „Daily Chronicle“ wirklich stattgefunden haben. Botha sei ein 24stündiger Waffenstillstand bewilligt worden, um sich mit dem Kommandanten über die Kapitulation zu verständigen. In einem am Dienstag abgehaltenen Kabinettsrat sei die Angelegenheit verhandelt worden. An der Sache dürfte kein wahres Wort sein.

Botha soll sich nach anderen Meldungen zwischen Ermelo und Biffeldburg, also im Rücken von General French be-

finden, während French gemeldet hatte, daß Botha von ihm östlich nach dem Swaziland gedrängt worden sei. „Daily Telegraph“ behauptet, daß die von French verfolgte Kolonne von Louis Meyer befehligt werde. Man scheint also die Spur Bothas verloren zu haben.

Lord Kitchener

soll für März eine Gegeninvasion in das Kapgebiet planen. Danach scheint er seinen Unterfeldherren die Säuberung des Kapgebiets nicht zuzutragen.

De Wet

soll sich mit 700 Mann seines eignen Kommandos und den Truppen Berhogs nach Petrusville begeben haben. Da Berhogs Kolonne 1500 Mann zählt, wären De Wets Truppen also 2200 Mann stark.

Sonstige Vorgänge im Kapgebiet.

Nach einer Kapstädter Meldung besetzten die Boeren Richmond und zogen sich erst zurück, nachdem sie sich sämtliche Lebensmittel angeeignet hatten. Clamwilliams dagegen soll von den Engländern besetzt worden sein.

Die tägliche Verlustliste

der englischen Truppen in Südafrika berichtet vom Dienstag von zwei Toten, 20 Verwundeten, zwei Vermissten, 56 an Krankheiten Verstorbenen und 34 schwer Erkrankten.

Die Pest.

In Kapstadt sind am Dienstag 7 neue Pestfälle gemeldet worden. Unter den Erkrankten befindet sich ein Europäer.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Tapezierer! Die Firma Jäckel, Markgrafenstraße 20, sucht in bürgerlichen Blättern Tapezierer, aber „Nichtverbandsmitglieder“. Wir weisen darauf hin, daß sich dort die Kollegen im Ausnahmefalle befinden, weil Herr Jäckel trotz Beschluß der Schlichter-Kommission die Preise erniedrigt hat. Da Herr Jäckel bis heute erfahren müßte, daß sich organisierte Arbeiter nicht als willige Ausbeutungsbjekte benutzen lassen, deshalb soll dieses Ziel bei unorganisierten Arbeitern erreicht werden. Ob unsere Indifferenten aus solchen Inzeraten die nötigen Schlüsse zu ziehen verstehen? Wenn sie einige Tage bei der Firma Jäckel gearbeitet haben, dann werden sie es vielleicht begreiflich finden. Hoffen wir es!

Inzug ist fernzuhalten.

Im Abdruck in der übrigen Arbeiterpresse wird gebeten, da auch in der bürgerlichen Presse der Provinz Arbeitswillige für diese Firma gesucht werden.

Die Verhandlung.

Die Einführung eines Arbeits-Kontrollbuchs beabsichtigen, wie eine Berliner Lokal-Korrespondenz mitzuteilen weiß, die Berliner Handwerksmeister. Die Wahnahme beschäftigt jetzt wieder den Ausschuß der Berliner Zimmungen. Die Meister begründen sie damit, daß die Klagen der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber aus dem Arbeitsverhältnis ungemein zugenommen haben. Diesen vielen Klagen soll das Arbeits-Kontrollbuch vorbeugen. Es soll klare Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis enthalten und muß von jedem, der eine Arbeit antritt, unterschrieben werden. Der Ausschuß, in dem 48 Zimmungen vertreten sind, beschloß, die einheitliche Einführung allen Zimmungen dringend zu empfehlen und damit beibehalten vorzugehen, da nur ein schriftlicher Arbeitsvertrag gegen Schanden schütze.

Der Streikfonds der Musikinstrumenten-Arbeiter weist nach dem Bericht des Vertrauensmanns gegenwärtig einen Bestand von 102,95 M. auf. Der Einnahme von 791,10 M. stand im vergangenen Jahre eine Ausgabe von 622,75 M. gegenüber. — In der Versammlung, in der dieser Bericht gegeben wurde, wurde auch Mitteilung von der Einführung einer neuen Pumpmaschine gemacht. Ob dieselbe sich bewähren und ob ihre Einführung für die Arbeiterschaft etwa Gefahr bringen würde, darüber waren die Meinungen geteilt.

Au die Barbier- und Friseur-Gehilfen Berlins.

Kollegen! Die Arbeitgeber rüsten sich, sie holen zu einem gewaltigen Schlage aus, um neue wirtschaftliche Lage noch mehr herabzurufen, die Arbeitszeit zu verlängern. Es ist daher notwendig, daß wir uns aufrufen, um den Schlag zu parieren. Zu diesem Zweck müßt ihr Euch der Organisation anschließen. In einer gründlichen Besprechung der Zustände sowie der eventl. Lohnbewegung fordern wir Euch an, recht zahlreich in der am 28. abends 10 Uhr, Alte Jakobstraße 37, stattfindenden öffentlichen Versammlung zu erscheinen. Es gilt Stellung zu nehmen zu den aufzustellenden Forderungen.

Die Agitationskommission.

Deutsches Reich.

Die Hamburg-Altonaer Buchdrucker-Gehilfen diskutierten am Sonntag in einer kurz besuchten Versammlung die Frage: „Wie stellen wir uns zu den Tarifvereinbarungen?“ Die jetzt gültigen Vereinbarungen laufen am 1. Juli d. J. ab. Der Referent Demuth gab einen Ueberblick über die Tarifbewegung und teilte mit, daß die Zahl der Firmen, die den Tarif anerkennen, stetig zugenommen hat und von 896 im Jahre 1896 auf nahezu 4000 gewachsen ist. Es handelte sich nun darum, ob der Tarif gekündigt oder nur revidiert werden sollte. Ein Antrag auf Kündigung aus der Mitte der Versammlung fand nicht die genügende Unterstützung. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die verammelten tariftreuen Buchdrucker von Hamburg-Altona sind, nachdem sie das Für und Gegen genau erwogen haben, zu der Ansicht gelangt, daß es sich im Gesamtinteresse empfehle, eine Revision der am 1. Juli er. ablaufenden Tarifvereinbarungen zu beantragen. Die Verammelten halten eine zehnprozentige Erhöhung der Grundposition und eine Erhöhung des Sozialzuschlags von 25 auf 33 1/3 Prozent für erforderlich und beantragen den Gehilfenvertreter Klapproth-Hannover, diesbezügliche Anträge beim Tarifamt für Deutschlands Buchdrucker zu stellen.“ Aus der sonstigen Debatte ist noch erwähnenswert, daß mehrere Redner dafür eintraten, den Tarif in Zukunft nur auf 2—3 Jahre festzusetzen.

In Altona sind die Maler in eine Lohnbewegung eingetreten. Weide, Meister und Gesellen, haben einen Lohnantrag ausgearbeitet, konnten sich bisher aber noch nicht einigen.

Die Landeskonferenz der Metallarbeiter Sachsens, welche am 24. Februar in Döbeln abgehalten wurde, war von 45 Delegierten besucht. Aus dem Bericht des Agitationskomitees ist ersichtlich, daß der Verband durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nicht, wie vielfach befürchtet wurde, zurückgegangen ist. Es wurden besondere Berichte für Ost- und West-Sachsen gegeben. Von dem Vortragsreferat über die Ost-Sachsen wird angeführt, daß sich der Beginn der Krisis bemerkbar mache. Die Zahl der Abgereisten übersteigt in allen Orten die Zugerestien. In Dresden wurden allein für 1895 Tage Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt; in Chemnitz vorausgabte man für diesen Zweck im IV. Quartal 1900 pro Kopf und Woche 4 1/2 Pf., in der Zeit vom 1. Januar bis 28. Februar jedoch 6 1/2 Pf. pro Kopf und Woche. Die Arbeitslosen-Unterstützung werde noch wachsen, werde aber auch bei eintretender Krise die allgemeine Verbandsarbeit verhindern.

Die Anträge auf Verteilung Sachsens in Gauen und Aufstellung von Gauleitern werden abgelehnt. Die übrige Debatte und die dazu gestellten Anträge beziehen sich auf Statutenänderungen. Die nächste Landeskonferenz soll in Chemnitz stattfinden.

Aufbrüher und Landfriedensbrecher. In Eisenach wurde dieser Tage vor der dortigen Strafkammer ein Prozeß verhandelt, dessen Vorgeschichte im Mai v. J. in Kreuzberg bei Eisenach geschildert hat. Am Sonntag, den 18. und Montag, den 19. Mai v. J. feierten die Maurer und Zimmerer in Kreuzberg ihr Gewerkschaftsfest. Wie dies bei dergleichen Festen üblich, fand u. a.

auch ein Umzug durch die Straßen des Orts statt und hatten die Feiernden ihre Buntfedern, sowie Stäbe mit roten Bändern mit im Zuge. Von Seiten des Gendarms Göge, sowie des Bürgermeisters Wehrich wurde dem ganzen Feste von Anfang an etwas mißtrauisch begegnet und namentlich das Tragen der roten Bänder, sowie das Singen von Gewerkschaftsliedern und das Halten von Reden als eine Art Revolution angesehen. Als an dem festlichen Sonntagabend es bei der Feier laut herging, wurden vier Personen wegen Aufreizung zur Anzeige gebracht. Am darauffolgenden Montag wurde nach Auffassung der Ortsobrigkeit der Stempel fortgesetzt. In diesem Tage nahm der Gendarm Göge eine Revision der Gastwirtschaften vor und fand in der Wirtschaft zum „Kaiserteller“ wieder eine Anzahl von Maurern, die biertrinkend und ziemlich laut singend dasahen. Er holte den Bürgermeister und dieser alarmierte gegen die „Aufbrüher“ die Feuerweh. Die Feuerwehleute griffen nun die in der Kneipe stehenden Maurer und Zimmerer an und führten eine Anzahl von ihnen ins Spriehaus.

Der ganze Vorfall, der i. J. als Aufruhr und Landfriedensbruch angesehen worden war und zu welchem ein gar gewaltiger Apparat in Bewegung gesetzt wurde, stellte sich als ziemlich harmlos heraus und beantragte selbst der Vertreter der Staatsanwaltschaft zum Teil Freisprechung, resp. nicht hohe Strafen. Das Resultat der ganzen Staatsaktion war, daß die meisten freigesprochen wurden, andere wurden mit 6 W. Geldstrafe bedacht und nur wenige erhielten ein paar Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung. — Man kann aber aus diesem Fall ersehen, wie leicht man zu einem „Aufbrüher“ werden kann.

Die Stuttgarter Schneider beschloffen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern eine höhere Bezahlung von Städtelöhnen und Vergütung der Extra-Arbeiten. In allen Geschäften, in welchen bis nächsten Freitag eine Bewilligung der gestellten Forderungen nicht erfolgt, soll Sonntagabend die Kündigung eingereicht und 14 Tage später in den Streik eingetreten werden. Es handelt sich um etwa 30 Geschäfte, für welche die Lohnkommission einen dreifachen Tarif ausgearbeitet hat, welcher von der Versammlung in allen Punkten ausgehoben wurde. Die Arbeiter, meist Maßschneider, hoffen übrigens, ohne Arbeits-Einstellung ihre Forderungen durchsetzen zu können.

Aus der Frauenbewegung.

Gemeinnütziger Stellennachweis für minderjährige Mädchen.

Unter diesem Namen ist ein Verein ins Leben getreten, welcher schulentlassenen Mädchen kostenlos Anfangs- resp. Lehrstellen vermitteln will. Ueber alle jungen Mädchen offenstehenden Berufsarten erteilt er Auskunft. Sein besonderes Augenmerk richtet er darauf, diejenigen Mädchen, welche sich einem gewerblichen Beruf widmen wollen, den günstigsten Erwerbshilfen zuzuführen. Das Bureau befindet sich Brückenstr. 8 im Arbeiterinnenheim und ist vom 1. März bis 15. April täglich in den Nachmittagsstunden von 3 1/2—6 Uhr geöffnet. Der Stellennachweis erfolgt auch für die Lehrherren kostenfrei.

Sociales.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewilligte das Stadtverordnetenkollegium in Halle 10 000 M. zwecks Ausführung von Nothstandsarbeiten. Der Magistrat hatte sogar unter Anerkennung der großen Notlage 16 500 M. gefordert. Die Stadtverordneten waren jedoch der Meinung, für 10 000 M. könnte man viel etwies Kopfen lassen; das soll nämlich die einzige Arbeit sein, die man den Arbeitslosen zuweisen will.

In Linden bei Hannover wurden in einer Versammlung 431 Arbeitslose festgesetzt. Der Bürgermeister war durch den Arbeiterleiter Paul erucht worden, ein Mitglied des Magistrats nach der Versammlung zu entsenden. Darauf erhielt er vom Bürgermeister eine Zuschrift, daß dazu keine Veranlassung vorliege, weil gar nicht bezweifelt werde, daß es zur Zeit eine nicht unerhebliche Zahl Arbeitsloser in der Gemeinde gebe. Daß man etwas zur Verringerung des Nothstands thun wolle, davon sagt der Bürgermeister nichts.

Gegen die Einschränkung der Hausindustrie nahm der Stadtrat in Plauen i. V. Stellung. Er beschloß, bei der nächsten Regierung vorstellig zu werden, daß sie ihren Vertreter im Bundesrat anweise, gegen die nach dieser Richtung vorliegenden Anträge zu stimmen. Bei einem Gemeindevorstand, das die arbeitende Bevölkerung zu ihrem Rechte kommen läßt, würde sich der Stadtrat solchen Beschluß allerdings zehnmal überlegen.

Östliche Insände auf der sächsischen Domäne in Arnstadt (Schwarzburg-Sondershausen). In einem sonnenvollen Zustande, so schreibt der in Arnstadt erscheinende „General-Anzeiger“, also ein bürgerliches Blatt, wurde vor einigen Tagen eine aus ca. 10 Köpfen bestehende Arbeiterfamilie auf der hiesigen sächsischen Domäne gefunden. Der in einem Seitenflügel der Domäne belegene Wohn- und Schlafrum der Familie war anstatt mit einem Ofen nur mit einer Grube versehen, welche für die nötige Wärme sorgen sollte. Zerbrochene Feuerstacheln, welche mit alten Lappen zugestopft waren, sorgten für die nötige Ventilation. Als Lagerstätte für die ganze Familie dienten auf der Erde ausgebreitete alte Lumpen. Auf dieser Lagerstätte lag nun am 10. d. M. die Ehefrau des durch Ueberfahren körperlich nicht unerheblich verletzten und kranken Ehemanns nieder. Am 16. d. M. erlief der Tod den armen Mann von seinen Weiden. Eins der Kinder hat sich durch die in den letzten Tagen und früher herrschende Kälte eine Zehe erfroren, die übrigen Kinder haben sich, um sich etwas zu erwärmen, auf die Grube gesetzt. Durch den Tod des Vaters kam das jammervolle Dasein der ganzen Familie zur Kenntnis des Magistrats und der sächsischen Polizei, welche sofort einschritt und die ganze Familie dem sächsischen Kranken- bzw. Armenhause zuführte. Die Bedauernswerten mußten erst einer gründlichen Reinigung unterzogen werden, denn eine Unmenge Ungeziefer haftete an ihnen. Dem einen Familienangehörigen, welchem eine Zehe erfroren, ist auf ärztliche Anweisung dieselbe durch Amputation entfernt worden. Hoffentlich führt die abhängig gemachte Untersuchung die strenge Bestrafung der Schuldigen herbei.

Eine interessante Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie in Chemnitz für das 4. Quartal 1900 wird von unserem dortigen Parteiblatt veröffentlicht. Von 1724 ausgegebenen Fragebogen gingen 922 beantwortet ein, deren jeder sich auf einen Arbeiter bezog. Es befanden sich unter den 922 Arbeitern 150 unter 20 Jahren alte, 474 im Alter von 20 bis 30 Jahren, 199 im Alter von 30 bis 40 Jahren und nur 90 ältere. Verheiratet waren 575; sie hatten 884 Kinder. Arbeitslos waren 99 zusammen 2595 Tage, 835 arbeiteten mit verlängerter Arbeitszeit. Die Verfürgung betrug im Durchschnitt 8,41 Stunden pro Woche. Lohnlöhningen im Stundenlohn erfuhr 20 Personen und Lohnlöhningen im Accord 101 Personen. Trotzdem mußten 105 Mann zusammen pro Woche 488 Ueberstunden machen. Es hatten also von den 922 Mann nur 383 normale Arbeitszeit, mehr als die Hälfte mußten ganz oder teilweise feiern, und 105, also immer noch der fünfte Teil der an der Arbeit Behindereten, mußten über die normale Zeit arbeiten. Das Ganze nennt man göttliche Weltordnung.

Geriichts-Beitrag.

Einige bekannte Erscheinungen aus dem Sternberg-Prozeß tauchten gestern im Kriminalgerichtsgebäude wieder auf, um als Zeugen in einer Anklagesache wegen Anstiftung zu fungieren. Die Anklage richtete sich gegen die Vermieterin Minna Krüger geb. Kurth, die Verläuferin Elisabeth Meyer und die Vermieterin Valtesco Hausmann. Die Anklage vertrat Anwalt Dr. Kay, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Dr. Wertzhauser, Dr. Schwandt und Dr. Mendel. Die Verhandlung fand vor der

Reichstag.

57. Sitzung vom Mittwoch, den 27. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Oeffler.

Die zweite Beratung des Militäretats wird fortgesetzt. (Ziel Kriegsminister.)

Abg. Kunert (Soz.):

Bei der ganzen Debatte ist immer nur von der Ehre der Charakteren die Rede gewesen, niemals aber von der Ehre der Gemeinen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir beurteilen das Duell principieel, nicht wie das Centrum vom christlichen Standpunkt aus, sondern vom Standpunkt einer modernen Moral. Herr Vachem hat sich auf ein angelegtes Wort von Christus berufen: „von meiner Lehre lasse ich kein Jota abhandeln.“ Ich bitte ihn, mir zu sagen, in welchem Evangelium dies Wort steht. (Weiterer bei den Socialdemokraten.) — Herr Vachem meinte, Bebel beurteilte die Verordnung von 1897 falsch. Thatsache ist aber, daß der Inhalt dieser Verordnung sich mit der von 1843 inhaltlich deckt und beide sprechen sich nicht principieel gegen das Duell aus.

Wie halten das Duell für einen verbrecherischen Aufzug. Herr Hertel hat sich gegen meinen Parteigenossen in ganz ungehörigen und gräßlichen Scherzen ergangen, die zu machen ein Spaßmacher aus Kalan zu sich gemieren würde.

Präsident Graf v. Ballestrem:

Herr Abgeordneter, Ihre letzten Bemerkungen einem Kollegen aus dem Reichstag gegenüber waren unzulässig und der Ordnung des Reichstags nicht entsprechend.

Abg. Kunert (Soz.) (fortfahrend):

Der „Vorwärts“ hat Herrn Hertel mit ein paar Zeilen abgethan und hat ihn als das behandelt, als was er behandelt werden muß, als quantitas negligeable.

Präs. Graf v. Ballestrem:

Auch diese Aeußerung einem Kollegen gegenüber war nicht zulässig und der Ordnung nicht entsprechend. Da dies zum zweiten Male vorfällt, rufe ich den Herrn Abg. Kunert zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Kunert (fortfahrend):

Wenn man sonst noch etwa zweifelhaft in Bezug auf die Auffassung betreffs der Duellfrage, die an höchster Stelle waltet, sein sollte, so wird man am besten aufgeklärt durch die Menge von Begründungen. Wir haben heute wieder von einer neuen Begründung gehört. Aus Mörchingen kommt eine Nachricht, die das „Vordolber Volksblatt“ mitteilt, wonach die vom Kriegsgericht des 15. Armeecorps über den Oberleutnant Müller verhängte 12jährige Zuchthausstrafe in 4 Jahre Festungshaft vermindert worden sei. Der Kriegsminister hat versprochen, wenn der Spruch gefallen sei, sich selbst zur Sache zu äußern. Er kann heute sein Wort einlösen. Der Kriegsminister hat gestern hervorgehoben, man habe auch über die Ehre des Rächters zu wachen. Dazu rechne ich auch die gute dienstliche Beziehung zu den Chorgliedern und Mannschaften. Auf diesem Gebiet aber hapert es noch sehr. Die Soldatenmishandlungen scheinen leider zugenommen zu haben. Gestatten Sie, daß ich einige Fälle dafür anführe. Zunächst handelt es sich um den Grenadier Helmuth Witte. Derselbe diente 1897/99 in der 4. Compagnie des 1. Brandenburgischen Grenadier-Regiments Nr. 8. Wegen einer kleinen Verwundung wurde er von seinem Unteroffizier Kutscher in schwerster Weise mishandelt. Er kommandierte ihn zum Niederwerfen auf die Erde und wiederholte dieses Kommando sehr oft. Der Untergebene kam dem Befehl nach, und der Unteroffizier, ein Mann von 1 1/2 Centner Gewicht, sprang mit beiden Füßen auf den Rücken des Liegenden. Er verletzete ihn dabei an der Leber, so daß der Mann ohnmächtig wurde und ins Lazarett geschickt wurde. Der Mann konnte dienstlich nicht mehr verwendet werden, er wurde Offiziersbursche, das Regiment leitete ein Strafverfahren gegen den Missethäter nicht ein, dagegen gelang es der Energie des Vaters, nach 1 1/2 Jahren wenigstens eine Antwort vom kommandierenden General von Liegnitz zu erzielen, worin ihm dieser mitteilte, daß ein Verfahren bereits eingeleitet sei. Schließlich wurde der Unteroffizier, der inzwischen Sergeant geworden war, vom Kriegsgericht wegen Mishandlung zu fünf Wochen verurteilt. Der Vater und der Verletzte drangen nun darauf, daß dem Witte eine kleine Pension bewilligt würde. Trotzdem der Retenarzt Muntzer in Berlin am 26. Juni 1900 in seinem Gutachten delimitiert hatte, daß die heftige Neuralgie, woran der Mann leidet, in ursächlichem Zusammenhang mit der während der Dienstzeit erlittenen Verletzung stände, blieben sowohl dieser als auch erneute Versuche um Pension erfolglos. Pensions-Abweisungen kommen überhaupt sehr leicht zu stande. Es wäre doch ein Gebot der Gerechtigkeit, in solchen Fällen entgegenkommender zu sein; haben wir doch in den Jahren 1878—98 680 Millionen an Pensionen ausgegeben, die hauptsächlich den Offizieren zu gute gekommen sind.

Ein weiterer Fall ist folgender: Der Füsiliere Wilhelm Waning vom 4. Garderegiment z. F. 12. Compagnie wurde zwischen Weihnachten und Neujahr in so brutaler Weise durch Kolbenstöße eines Gefreiten mishandelt, daß er ohnmächtig zusammenbrach, und als er wieder zum Bewußtsein gekommen war, sah mähselig ins Hospital schleppte. Hier wurde eine Zellengewebts-Entzündung der unteren Brust festgestellt. Der Gefreite, der ihn mishandelt hatte, hieß Karl Haas. Auch hier erfolgte nicht, was sofort hätte geschehen sollen, eine Untersuchung, während der Verletzte noch lebte. Am 10. Januar starb er. Das Regiment stellte nicht freiwillig eine Untersuchung an, es war hierzu erst der Antrag der Angehörigen des Verletzten notwendig. (Hört, hört! links.)

Im kriegsgerichtlichen Urteil werden die Aussagen des Sterbenden als unwichtig bezeichnet. Er soll also in den letzten Minuten seines Lebens seinen alten Vater, seine schwergeprüfte Mutter und seinen Stiefbruder belogen und betrogen haben, denen er seine Aussagen gemacht hat.

Offenbar handelt es sich hier um eine Vertuschung, die gar nicht so selten ist. Ich erinnere nun an das kriegsgerichtliche Urteil vom Jahre 1891, dessen Kopf die Bemerkung trägt: Sergeant Deimann, Unteroffizier Dombrowski, Unteroffizier Reumann von der 5. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 151. Aus diesem Urteil geht hervor, daß die Genannten einen Meineid vorbereitet hatten, daß sie das Zuchthaus mit dem Kessel gestreift haben und daß nicht sie allein an der Vertuschung der Sache, an der Verdunkelung der Wahrheit beteiligt waren, sondern auch der damalige Compagniechef von Reese, der so weit gegangen ist, daß er eine Fälschung des Thatberichts vorgenommen hat, indem er ein Schuldbestimmnis unterschlug und die wahrheitsgemäßen Angaben des Hauptzeugen in den Thatbestand nicht mit aufnahm. Ein ganz ähnlicher Fall wird unterm heutigen Tage von einer Berliner Korrespondenz mitgeteilt. Es handelt sich da um das zweite Kriegsgericht der 2. Garde-Infanterie-Division. Angeklagt war der Unteroffizier Strohwisch von der 6. Compagnie des Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments, und zwar wegen Mishandlung eines Untergebenen. Als der Mishandelte als Hauptzeuge vor dem Kriegsgericht befragt wurde, wie die Dinge seien, sagte er gerade so aus, wie der vorher vernommene angebeschuldigte Unteroffizier ausgesagt hatte. Beide Aussagen stimmten genau überein: es handle sich um eine harmlose Spielerei mit dem Kolben vor dem Gesicht. Erst als er auf die Bedeutung des Eides aufmerksam gemacht wurde, kam er zur Besinnung und gestand, daß der Unteroffizier ihn mit Kolbenstößen in das Gesicht schwer mishandelt habe. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Die andern Zeugen treten mit

derselben Absicht an den Zeugenisch heran, nämlich so auszulagen, wie der Mishandelte zuerst ausgesagt hatte. Erst als sie hörten, daß dieser die Wahrheit gesagt hatte, gaben sie auch der Wahrheit die Ehre. Hier lag also offenbar ein Vertuschungsmanöver vor. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Zu Mishandlungen gehört nicht immer, daß der Unteroffizier mit der Faust oder mit dem Kolben dreinschlägt. Er kann seinen Untergebenen auch einfach dadurch hinkriegen, daß er ihn zwingt, bestimmte Griffsübungen, Marschübungen, ja sogar Stillsitzen so zu machen, daß er alle Kraft verliert, die Übung fortzusetzen (sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Darin liegt eine außerordentliche Grausamkeit. So ist militärgerichtlich festgestellt worden, daß der Gefreite Krause vom Landenburgischen Jägerbataillon als Neutragenerleiter den Resten Schwarz in der schwersten Weise mishandelt hat. Er berührte den Mann nicht mit einem Finger, aber veranlagte Übungen, wonach Schwarz 2 bis 300 mal hintereinander mit erhobenen Händen das Gewehr strecken mußte. Er ließ den Mann ferner am Kletterbaum in der Weise emporsteigen, daß die Füße sich in der Nähe der Hände befanden. Diese Übungen mußten so lange wiederholt werden, daß dem Manne schließlich die Haut in Fetzen von den Händen herunterhing. Das Ende war, daß der Mann in Wahnsinn und Tobicht verfiel und wegen akuter Seistesörung in die Landesanstalt Sachsenberg in Mecklenburg gebracht werden mußte.

Zu Erinnerung dürfte Ihnen der Rittmeister Krosigk sein. Der Mann fand ein furchterliches Ende. Das erklärt sich aber daraus, daß Krosigk ein Soldatenschinder ersten Ranges war. Den Wachmeister Mertens, der vom Erholungsurlaub zurückkehrte, zwang er solange recht zu machen, bis er umfiel und sofort ins Garnisonlazarett getragen werden mußte. Krosigk war so grausam, daß seine Vorgesetzten schließlich ein Einsehen hatten und ihm das Strafbuch 1898 entzogen.

Noch ein weiterer Fall. Er betrifft einen Soldaten der fünften Compagnie des in Danzig garnisonierenden Infanterie-Regiments Nr. 105 Namens Reiske, Sohn des Maires Reiske in Berlin. Dieser meldete sich am Morgen des 24. Juli 1899 krank. Der Feldwebel herrschte ihn an: Man kennt Ihre Krankheit, Sie sind besoffen. Sie haben den Dienst mitzumachen. Der Compagniechef wußte nichts Besseres zu thun, als dem Reiske eine Stunde Strafexerzieren mit gepochem Kommissar zuzubilligen. Der Mann war schwermütig. Mit fixen Augen schleppte er sich schließlich noch zum Compagniechef und bittet um die Gnade, wenigstens einige Momente ausruhen zu dürfen.

Der Compagniechef diktiert ihm eine weitere Stunde Strafexerzieren. Da ist es allerdings kein Wunder, wenn am folgenden Tage zur Radmittagszeit der Mann eine Leiche war. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dieser Fall ist nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen, vielleicht können doch noch die Schuldigen gefast werden. Wie wird die Schädigung der katholischen Offiziers-Aspiranten in Köln gegenüber solchen Thatfachen eine bloße Bagatelle! Veranlaßt werden diese Mishandlungen mit in erster Linie durch den Hochdruck von oben bis herunter auf den Compagniechef, den Feldwebel und die Unteroffiziere. Das alleräußerste soll aus den Leuten herausgeholt werden. Nebenbei gestalte ich mir die Bemerkung, daß diese Mishandlungen nicht nur in der Armee vorkommen, sondern auch in der Marine. Dazu treten die Beleidigungen, denen die Mannschaften häufig ausgesetzt sind, während die Chorgliedern außerordentlich zartfähsig und empfindlich sein können. Ich erinnere nur an den Fall des Lieutenants aus Spanbau, der jüngst durch die Wälder gegangen ist. Und wie hat sich der Herzog-Regent Johann Albrecht von Mecklenburg zu den Volksschullehrern seines Landes, die ihrer Dienstpflicht genügen, ausgesprochen! Er hat ihnen vorgeworfen, daß sie in ihrem Civilverhältnis schlechten Geist, Frechheit und Unverschämtheit zeigen, daß sie sich durch Grobpuerilität und unverdämltes Betragen hervorhoben, er düzt und ihrzt sie. Solche Schandregaleien müssen sich gebildete Leute gefallen lassen. Gewiß werden sie eine Revision ihrer monarchischen Gefühle vorgenommen haben.

In den Mishandlungen sind auch die aberantretenden Übungen, Märsche und Manöver zu rechnen. Ich erinnere an den Sommer 1900, erinnere an die ungeheuren Märsche und Parforcerouten bei den Kaisermanövern. Bis 50 Kilometer Marschleistung am Tage ist verlangt worden. Das ist eine sinnlose Gefährdung der Gesundheit. Besondere Klagen sind mir aus Köln vom Infanterie-Regiment Nr. 16 und aus Bochum vom Infanterie-Regiment Nr. 81 zugegangen, ja, es haben die Anstrengungen zu Dischlag und Tod in wiederholten Fällen geführt. Solche Todesmärsche sind durchaus zu verhindern. Es besteht ja der Grundlag, daß bei sehr hoher Temperatur anstrengende Märsche überhaupt zu unterlassen sind, aber er wird nicht befolgt. Es müßten diejenigen unredentlich bestraft werden, die diese Vorschriften verletzen. Dann könnten die Manöver auch ruhig in die kühleren Herbstzeit verlegt werden. Für den Krieg müßen diese Parforcerouten ja doch nichts, wie auch die Erfahrungen im jetzigen Chinesekrieg nach den Angaben des Grafen von Hahn, usw., an einen englischen Ritter. Man sagt mit Vorliebe, die Soldaten hätten ja den Bescherweweg. Nun, der Mann weiß es eben besser, als die Herren vom grünen Tisch. Er weiß, daß er nur aus dem Regen in die Traufe kommt. Im Kriege kann der Soldat den Bescherweweg so gut wie gar nicht betreten. Es liegt mir aber ein Brief aus Peking vom 27. November 1900 vor, der das deutlich beweist. Was ist denn aus dem Militär-Strafprozeß geworden? Das beste Stück ist herausgeschnitten dadurch, daß die militärgerichtliche Oeffentlichkeit so gut wie aufgehoben ist. Nur Bagatellden werden noch öffentlich verhandelt. Die Urteile zeigen, wie leicht die Militärgerichte geneigt sind, mildernde Umstände bei Soldatenmishandlungen anzunehmen. Daß die Richter bei diesen Dingen zum Teil eine merkwürdige Rolle spielen, geht hervor aus dem einwandsfreien Zeugnis des General-Lieutenant von Dresden. Es ist der Prinz Georg, der darin sagt, daß die Richter, die zur Aburteilung von Soldatenmishandlungen berufen sind, sehr oft nur zu gerecht sind, strafmildernde Rücksichten walten zu lassen. Will man durch die Militärgerichtsbarkeit die Soldatenmishandlungen eindämmen, dann muß man dem Militär-Strafprozeß ein andres Aussehen geben, zum mindesten muß die vollste Oeffentlichkeit wieder hergestellt werden. Das Militär-Strafgesetzbuch, der Militär-Strafprozeß, sie müssen reformiert werden. Gerade der Militärstrafvollzug mit seinen strengen Strafen ist das barbarischste und mittelalterlichste, was man sich nur denken kann. Im Militär-Strafgesetzbuch aber müßen die veralteten drakonischen Bestimmungen gegen die Mannschaften ganz beseitigt werden, ebenso die mildern Umstände für die Soldatenkinder. Der Militärstrafprozeß müßte sich dem bürgerlichen Prozeß anpassen, er muß in ihm aufgehen. Wir fordern das gleiche Recht. Der beste und blühendste Schutz gegen die Soldatenmishandlungen aber wäre die Einrichtung der Volkswehr und die Aufhebung des stehenden Heers. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Generalleutnant v. Viehahn:

Die Behauptung des Herrn Vordredners, die Zahl der Mishandlungen habe sich vermehrt, ist falsch. (Hört! hört! rechts.) 1890 war der Prozentlag der Mishandlungen 1,10, im Jahre 1899 nur noch 0,63 Proz. Auf die einzelnen Fälle des Herrn Vordredners kann ich ausführlich nicht eingehen. Der Unteroffizier Krause ist zu acht Monaten und 1 Tag Gefängnis verurteilt worden. In dem Breslauer Fall ist der betreffende Unteroffizier wegen der leider recht erheblichen Mishandlung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die allgemeine Behauptung, daß die Unteroffiziere ihre Untergebenen zu solchen Ausfagen verleiten, muß ich entschieden zurückweisen. Es kann sich nur um eine Ausnahme handeln. Das Material über den Fall Waning bitte ich den Herrn Vordredner der Militärverwaltung zu übergeben. Der Vordredner hat den Rittmeister Krosigk einen Leuteschinder genannt. Ich muß entschieden dagegen Einspruch erheben und überlasse es dem Urteil des Hauses, wie es darüber denkt, daß hier gegen einen auf alle Fälle pflichttreuen Offizier, der durch einen Unglücksfall um sein Leben gekommen ist, derartige Beleidigungen von dem ganzen Lande erhoben werden. Die letzten Ausfahrungen des Vordredners haben mich umso mehr geübert, als seit dem 1. Oktober die neue Militär-Strafgerichts-Ordnung besteht, die erhöhte Garantien für eine unparteiische Rechtsprechung gewährt. Verletzungen in Folge von Mishandlungen werden stets als Verletzung im Dienst angesehen. Wenn das in einem Fall nicht geschehen ist, so ist das eine Ausnahme. Sollte der Fall zur Kenntnis des Kriegsministeriums gebracht werden, so wird unbedingt Remedur eintreten. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antif.):

Herr Bebel hat das Militärheer verteidigt. Wie weit man mit einem Militärheer kommt, das haben die Erfahrungen im Boerenkrieg gezeigt (Abg. Bebel: Davon verstehen Sie nichts! Weiterkeit), gewiß, die Engländer haben ein Militärheer und haben doch von den Boeren Siebe bekommen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Das Duell beurteilen auch meine politischen Freunde. Wir halten uns streng an das christliche Gebot: Du sollst nicht töten. — Bei den Militärleistungen sollten die kleinen Fabrikanten vor allem berücksichtigt werden. Im Interesse der kleinen Landwirte weiter liegt es, daß die Furchtenden-Regulierungen möglichst beschleunigt werden. — Die Lieferungen nach England verlegen... (Stode des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Ballestrem:

Herr Abgeordneter, diese Materie gehört nicht zum Militäretat, höchstens zum Etat des Auswärtigen Amtes.

Abg. Werner (fortfahrend):

Ich werde dann bei dieser Gelegenheit darauf zurückkommen. — Sehr bedauerlich ist es, daß Herr Bebel hier wieder angebliche Soldatenbriefe aus China vorgebracht, die ganz offenbar sich als erundete Charakterisierungen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind Deutsche und sollten auf unsere Kultur stolz sein. Solche Briefe müssen uns im Auslande als kulturell sehr tief stehend hinstellen. Daher sollte man derartige Mitteilungen erst vorbringen, wenn man ihre Wahrheit genau kontrollieren kann. (Beifall rechts.)

Abg. Fürst v. Bismarck (L):

bestreitet gegenüber dem Abg. v. Jazdzewski, daß der frühere Reichs-Lanzler Bismarck zum Kampf gegen die Polen aufgerufen habe, Fürst Bismarck habe stets nur gegenüber dem Zurückdrängen des deutschen Elements durch die Polen die Abwehr solcher polnischer Uebergriffe für geboten erklärt.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pol):

Der verstorbene Fürst Bismarck hat allerdings die Offenstbe gegen die Polen gefordert. Er sagte einmal: „Wir müssen eine geschlossene Phalanx bilden gegen die Polen“ und „wir müssen sie auf Tod und Leben belämpfen.“ Wollen Sie bestritten, daß solche Worte die Aufforderung zur Offensive bedeuten? Fürst Bismarck hat in der inneren Politik große Fehler begangen durch seine Unnahmegesetze gegen die Polen, die Katholiken und auch gegen die Socialdemokratie. Diese seine Politik mühte uns zum härtesten Widerstand veranlassen und so lange diese Angriffe fortbauern, werden wir uns zu wehren wissen. Es ist uns ganz gleichgültig, ob wir siegen oder unterliegen. Die ewige Gerechtigkeit wird uns doch recht geben. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Bergfeld (Soz.):

Der Ausdruck Leuteschinder gegenüber dem Rittmeister v. Krosigk war durchaus berechtigt. Ist doch diesem Herrn im Jahre 1898 von der Militärverwaltung selbst das Strafrecht entgegen worden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) — Herr Werner hat sich über die Veröffentlichung der Humendriefe beklagt. Ich kann heute einen neuen, äußerst bezeichnenden Brief mitteilen, der diesmal von einem Offizier ausgeht und an seine Gattin gerichtet ist. Herr Werner verliest den in Nr. 49 des „Vorwärts“ vom 27. Februar veröffentlichten Brief. — Ich habe mich zum Wort gemeldet, um einen Fall aus Mecklenburg anzuführen, der beweist, wie sich die Militärverwaltung in die Dienste des Unternehmertums gegen die Arbeiter stellt. In Bismarck giebt es einen Verband der Hafenarbeiter. Diese belamen im Jahre 1900 für das Löhnen und Loden von 400 Centner 12 M., was bei 8stündiger Arbeitszeit einen Verdienst von 3,33 P. ausmacht. Da diese Arbeiter höchstens 200 Arbeitstage im Jahre haben, so verdienen sie 660 M. höchstens im Jahre. Die Unternehmer in Bismarck dagegen, namentlich die Kohlenhändler verdienen 1900 ganz besonders viel. (Stode des Präsidenten.)

Vizepräsident v. Frege:

Ich möchte den Herrn Redner bitten, nicht die Verdienste der Kohlenhändler mit dem Militäretat zu vergleichen und hier nicht auf fremde Gebiete einzugehen. (Heiterkeit.)

Abg. Bergfeld (fortfahrend):

Ich komme nicht auf fremde Gebiete, sondern führe diesen Fall an, um zu zeigen, wie die Militärverwaltung sich zu diesen Arbeitern, deren Lage ich eben beschrieben habe, gestellt hat.

Vizepräsident v. Frege:

Dann bitte ich Sie, bald zu dem Militäretat zu kommen, von dem Sie abgewichen sind.

Abg. Bergfeld (fortfahrend):

Diese Lage der Arbeiter veranlagte sie nun, eine Löhnerhöhung von 50 P. zu fordern. Die meisten dieser Unternehmer standen diese Löhnerhöhung ohne weiteres zu, nicht aber die Firma Drebrichs. Die Firma hatte nun am 15. Juli v. J. den Dampfer Marie, der mit Kohlen beladen ankam, laut Vertrag zu Löhnen. Der Dampfer sollte dann nach China gehen. Die Hafenarbeiter waren bereit, den Dampfer zu löschen, aber nur nach Bewilligung der 50 P. Dies wurde von der Firma nicht gewährt und die Firma depeschierte an das Militärkommando nach Altona und an den Kriegsminister. Vom Kriegsminister kam keine Antwort und vom Militärkommando in Altona wurden Soldaten in Bismarck abkommandiert, die den Dampfer löschen mußten. Während der Löscharbeiten wurden 20—25 Soldaten mit scharf geladenem Gewehr auf die Kommandobrücke gestellt. Diese Maßregel war vollkommen unnötig. Die organisierten Arbeiter wissen, daß die Soldaten ihre Wälder, ihre Klaffengenosien sind und, wenn auch mit tiefstem Emsereiz, nur das thun, was ihnen befohlen wird. Das Militärkommando hätte, anstatt die Soldaten zum Streikbruch zu kommandieren, was diese auch nur sehr widerwillig thaten, die Firma anhalten sollen, ihren Vertrag unter allen Umständen zu erfüllen, zumal da es sich

bei der Lohnifferenz um eine Gesamtsumme von 21 M. handelte. Es ist dies ein typischer Fall, und ich erwarte, daß der Herr Kriegsminister sich zu diesem Verhalten des Militärkommandos äußert. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Generalmajor v. Einem:

Die Mitteilungen des Herrn Vorredners sind im wesentlichen richtig. Der Vertrag war aber mit dem Marineministerium abgeschlossen. Es handelte sich um die Expedition nach China; und der Dampfer mußte noch in Kiel umgebaut werden, um dann mit den Truppen in See zu gehen. Daher war Eile nötig, da viel Schiffe nicht zur Verfügung standen. Der Kriegsminister konnte auch auf die Depeche nicht antworten, wir mußten erst Erkundigungen einziehen. Mittlerweile hatte das Militärkommando in Altona, da große nationale Interessen auf dem Spiel standen, depechiert, der Dampfer ist zu löschen. Daß Soldaten mit geladenem Gewehr aufgestellt sind, glaube ich nicht; ich kann mir nicht vorstellen, wozu das sein sollte, denn es ist nicht das geringste vorgekommen, was dazu hätte führen können. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Armee ist nicht dazu da, um in den Dienst des Unternehmertums zu treten. Solche Arbeiten werden nur ausgeführt, wenn Rot an Mann ist!

Abg. Dr. Vandersheer (Uf.):

beklagt sich darüber, daß jüdische Soldaten in kleineren Garnisonen an ihren Feiertagen nicht vom Dienst befreit werden.

Generallieutenant v. Viebahn:

In kleineren Orten wird es den Soldaten der einzelnen Konfessionen überlassen, ihren Gottesdienst zu besuchen. An den Feiertagen werden die jüdischen Soldaten möglichst vom Dienste befreit.

Abg. Sieg (natl.):

polemisiert gegen den Abg. Dr. v. Jozdzewski. Der polnischen Agitation gegenüber ist das Vorgehen der Militärverwaltung durchaus berechtigt.

Abg. Webel (Soc.):

Die Polen-debatte gehört zwar eigentlich nicht zum Militär-etat. (Sehr richtig! im Centrum.) Da sie aber angeknüpft ist, will auch ich kurz darauf eingehen. Wenn in fast hundert Jahren es der preussischen Regierung nicht gelungen ist, die Bewohner des eroberten Landes mit den neuen Verhältnissen auszuföhnen, so kann die Schuld nicht an dem eroberten Volk, sondern sie muß an dem Regierungssystem liegen. (Sehr richtig! b. d. Soc.) In der Schweiz leben drei verschiedene Nationen zusammen, ohne daß die Gegenseite dort jemals so scharf hervorgetreten wären, wie in Deutschland zwischen Germanen und Polen. Das liegt daran, weil man dort jedem Volk das Recht seiner Selbständigkeit einräumt und vor allem ihm nicht den Gebrauch seiner Muttersprache verliert. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Weil nach dieser Richtung hin von der preussischen Regierung viel gefördert worden ist, sind die Gegenseite bei uns so scharf geworden. Schuld daran trägt auch ganz entschieden die Politik des Fürsten Bismarck. Fürst Bismarck vertrat keine gegenseitige Meinung, und wenn er die Gegenpartei nicht überzeugen konnte, wandte er Gewalt an. Mit dieser Politik hat er gründlich Schiffbruch gelitten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das beweisen die Mißerfolge seiner Polenpolitik, Centrumpolitik und seiner Politik gegen die Socialdemokratie. Ohne den Kulturkampf wäre das Centrum sicher nicht zur ausschlaggebenden Partei im Reichstag geworden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Und das Socialistengesetz hat uns jedenfalls nicht geschwächt, sondern wir sind noch dem die härteste Partei im Deutschen Reich geworden. Ich erinnere an den 100 Millionenfonds, wodurch die polnischen Agrarier aus-gelastet werden sollen. Der Erfolg dieser Politik ist nur gewesen, daß die polnische Bevölkerung stärker ist denn je, und jetzt die deutsche Bevölkerung aus der Provinz Posen herausdrängt. Also Ihre (nach rechts) Politik hat Bankrott gemacht! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das ist ganz natürlich, solche Unterdrückungen läßt sich kein Volk, das noch Lebenskraft in sich hat, gefallen. Schon seine Natur treibt es alsdann dahin, für die natürliche Volksvermehrung zu sorgen. Nach der letzten Statistik ist die Zahl der kleinen Grundeigentümer in Polen, in denen die Hauptkraft der Provinz liegt, ganz erheblich gestiegen. Wenn Sie das bedenken, brechen Sie damit den Stab über die von Ihnen inaugurierte Polenpolitik.

Mit Genugthuung habe ich die Erklärung des Herrn v. Egnern begrüßt, die Armee sei nicht dazu da, in die Dienste des Unternehmertums gestellt zu werden. Ich habe angenommen, daß dieser Satz auch als Antwort auf die zahlreichen Fälle, die ich gestern anführte, gelten soll, die bisher ohne Antwort geblieben waren, wo Militärmannschaften als Konkurrenten gegen brave Arbeiter benutzt worden sind. Möge die Militärverwaltung nun auch nach diesen Worten handeln. Der Fall in Wismar lag doch nicht so, daß für die Militärverwaltung ein Grund bestand, die Lösung durch Soldaten vornehmen zu lassen. Auf Grund des Vertrags konnte der Kohlenkäufer zweifellos gezwungen werden, den Dampfer, koste es, was es wolle, zu löschen. Die 21 M. konnten da überhaupt keine Rolle spielen. Daß die Arbeiter eine Forderung auf Lohnserhöhung stellten, ist nur zu berechtigt angesehen, der horrenden Gewinne, welche die Schiffahrt in der letzten Zeit gehabt hat. Beim Transport nach China hat die Marineverwaltung jeden Preis gezahlt, bei nur irgendwie gefordert wurde.

Herr Oertel erklärte das Duell für ein notwendiges Uebel. Was würde er dazu sagen, wenn die Socialdemokraten z. B. unter dem Socialistengesetz erklärt hätten, wir müssen das Verbot der geheimen Verbindungen und des Vereins- und Versammlungsrechts abtrotzen. Da hätte ich die moralische Entrüstung sehen wollen, die Herr Dr. Oertel kundgegeben hätte. Heute, wo thätfächlich Gesetzesübertretung in keinem Streifen vorkommen, da findet man das ganz in der Ordnung, alle Ihre gesetzlichen, moralischen, religiösen Grundzüge bleiben da vollständig außer Frage. — Herr Oertel meinte, der Reichstag werde nichts erreichen durch seine Debatten. Nun, ich schäme doch die moralische Macht des deutschen Reichstags, wenn er die Stimmungen der breitesten Volksmassen in schärfster Weise zum Ausdruck bringt, so hoch ein, daß er auch den mächtigsten Widerstand auf die Dauer überwindet. Wir haben durch Spinnern auf denselben Punkt die Regierung schon wiederholt mürbe gemacht. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Das Vergnügungsrecht ist allerdings ein Kronrecht, aber da der Kriegsminister verantwortlich ist, haben wir als Volksvertretung das Recht, hier an dieser Stelle frei und ungehindert unsere Meinung über den Gebrauch oder Mißbrauch dieses Vergnügungsrechts zu äußern. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Hinsichtlich des angeblichen Duellverlasses des Königs von Sachsen ist durch die Erklärung des sächsischen Bundesbevollmächtigten festgestellt worden, daß eine Kommandostelle, und es wird gerade keine niedere sein, sich in Gegensatz zur Kabinettsordre des Kaisers gestellt hat. — Herr Oertel forderte mich auf, die „Deutsche

Tagesszeitung“ öfter zu lesen, weil ich daraus manches Gute lernen könnte. Ich glaube aber doch, daß mit dem Artikel des Herrn v. Puttlamer ein blindes Huhn einmal ein Korn gefunden hat, und es erscheint mir zu teuer, wegen dieses Korns mir das ganze Huhn anzuschaffen. (Heiterkeit.) Ich habe mich gestern auf militärische Sachverständige ersten Rangs berufen, die übereinstimmend bekunden, daß Disziplin, Führung und Strategie der Boeren vortrefflich waren. Herr Werner ist der ungläubliche Schweizer passiert, die englische Armee als Milizheer zu bezeichnen. Sie ist das gerade Gegenteil: sie ist eine Soldnerarmee. Ich habe durchaus nicht behauptet, daß wir die beabsichtigte Reform der Uniformierung herbeiführen hätten, nur die Priorität des Gedankens nehmen wir für uns in Anspruch.

Das öffentliche Militärgerichtsverfahren zeigt, daß noch immer eine allzu große Zahl Mißhandlungen, zum Teil der allerdrücklichsten Art, stattfindet. Wir haben nie behauptet, daß die Militärverwaltung diese Mißhandlungen in ihren Schütz nehmen. Im Gegenfatz zu Kunert bin ich auch der Ansicht, daß im Laufe der Jahre die Zahl der Mißhandlungen abgenommen hat. Hierzu hat wesentlich der Umstand beigetragen, daß diese Mißhandlungen hier Jahr für Jahr von uns zur Sprache gebracht worden sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ich habe nicht den Gedanken ausgesprochen, die Militärverwaltung solle den sogenannten Enturlaub verlagern. Ich habe nur die Thatsache dieses Urlaubs konstatiert und aus ihr geschlossen, wenn solche Verurlaubungen in erheblichem Umfang stattfinden können, ohne daß die militärische Ausbildung darunter leidet, dann ist der Schluß gerechtfertigt, daß die Militär-Dienstzeit abgekürzt werden kann. Wenn die Soldaten nicht nach beendetem Militär-Dienstzeit aufs Land zurückkehren, so muß das doch seine Ursache haben. Wenn die Herren da drüber ihre Pläne auf ein neues Kontraktbruchgesetz gegen die ländlichen Arbeiter ausführen, dann können sie darauf rechnen, daß ihnen schließlich noch der letzte Kubhube fortlaufen wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß die Kabinettsordre von 1897 die Notwendigkeit des Duells principieel anerkennt. Gleich zu Anfang heißt es darin: „Ich will, daß dem Zweikampf meiner Offiziere mehr als bisher vorgebeugt wird.“ Zudem man vorbeugt, unterdrückt man nicht, sondern beschränkt man nur, und zwar beschränkt man nur, weil man entweder nicht die Macht hat oder aber auch nicht will. Weiter ist in der Kabinettsordre an anderer Stelle von Fällen die Rede, bei denen der gütliche Ausgleich ohne Schädigung der Standesehre möglich ist.“ Weiter heißt es, daß der Ehrenrat da, wo er eingreift, den Ausgleich anzustreben hat, soweit die Standesehre es zuläßt.“ In all diesen Stellen liegt eine principielle Anerkennung des Duells, und ich begreife sehr wohl, daß der Kriegsminister trotz aller Provokationen des Herrn Vadem noch nicht das Wort ergriffen hat. Herr Vadem wollte uns eine Wunde um die Augen legen, damit wir nicht sehen, was ist. In der Politik aber handelt es sich immer darum, klipp und klar zu sagen, was ist. Wenn wir sehen, daß eine solche Auffassung an der entscheidenden Stelle über das Duell herrscht, dann hat der Reichstag alle Ursache, bei jeder Gelegenheit klipp und klar seine Stellung zum Duell auszudrücken. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Oertel (L.):

Die Kreise, die in dem Zweikampf ein notwendiges Uebel sehen, erkennen die Gefährlichkeit an und halten die Vorkastung des Duells für gerechtfertigt. Ich habe dem Reichstag nicht das Recht abgeprochen, die Ausübung des Vergnügungsrechts zu besprechen, ich habe diese Vorkastung nur für ausfichtslos erklärt. Die Boeren haben ganz hervorragende militärische Eigenschaften, aber die strategische Führung fehlte ihnen, sonst hätten sie nach den Siegen am Zugela große Erfolge erzielt. Die Liste der Mißhandlungen, die Herr Kunert vortrug, war klein angesehen im Vergleich mit dem Heere. Damit können wir zufrieden sein. Herr Webel nimmt die Priorität des Gedankens der neuen Uniformänderungen für sich in Anspruch. Ich will sie ihm vorläufig einmal lassen und sage: auch eine ganz blinde Henne legt manchmal ein brauchbares Ei und nicht bloß ein Winderl nach Art des Hrn. Rosalie Lübeck. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Glebocki (Pole):

Der Boykott in den polnischen Landestellen ist eine Erfindung des P. A. T.-Vereins. Erst dieser Verein hat die Gegenseite so verschärft. Da ist es kein Wunder, wenn sich die polnischen Kaufleute vermehren, und wenn sie von ihren Landesleuten bevorzugt werden.

Präsident Graf Ballesrem:

Nachdem einmal die Debatte sich auf den Nationalitätenkampf in der Provinz Polen in einer Weise konzentriert hat und angeregt worden ist, die ich nicht hindern konnte, so kann ich auch künftig niemand hindern, aber diese Frage weiter zu sprechen. Diese steht jedoch nur in einem sehr losen Zusammenhang mit dem Gegenstand unserer Tagesordnung. Wir können nur unsere Arbeit fördern, wenn ich aus dem Hause darin unterstütze werde. Ich hoffe, daß die Herren, die noch über diese Frage sprechen wollen, sich recht kurz fassen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Fürst v. Bismarck:

Wenn auch die Socialdemokraten als Bundesgenossen der Polen auftreten, spricht das Bände. Herr Webel meinte Fürst Bismarck habe niemals eine gegenteilige Meinung hören können. Von 1862—1866 hat er doch z. B. nichts anderes gehört. — Unter dem Socialistengesetz hat die Socialdemokratie allerdings verschiedene Mandate verloren. Der Fehler dieses Gesetzes war nur, daß es nicht von vornherein daneben eingebracht wurde. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Auch die Polenpolitik hätte mehr Erfolg gehabt, wenn von vornherein die nötige Kontinuität in den Regierungsmahregeln vorhanden gewesen wäre. Hoffen wir, daß wir in den nächsten Jahrzehnten nicht über solche Schwankungen in der Polenpolitik zu klagen haben werden wie bisher.

Abg. v. Tiedemann (Op.) polemisiert gegen den Abgeordneten v. Glebocki.

Abg. Kunert (Soc.):

Herr Generallieutenant v. Viebahn hat bestritten, daß Beeinflussungen der Mannschaften durch Offiziere vorkommen. Ich verweise ihn demgegenüber auf die Beweise, die ich heute in meiner ersten Rede erbracht habe, speciell auf den Fall Waning. Die Statistik des Herrn von Viebahn über die Soldatenmißhandlungen beweist nur, wie viel Fälle zur gerichtlichen Verhandlung gekommen sind, nicht wie viel Fälle überhaupt vorgekommen sind. — In Bezug auf den Fall Waning kam ich noch weiteres mitteilen. Der Vater hat mir ausdrücklich gesagt, daß der Pfarrer bei der Leichenrede erklärt hätte, das sei innerhalb vier Wochen der zweite Fall. — In dem Fall Schwarz hat mich Herr v. Viebahn falsch verstanden. Ich wollte damit nur beweisen, daß die Soldaten lieber zum Selbstmord

greifen als den Beschwerdeweg betreten. — Herr Oertel ist der Anhänger der Prügelstrafe und ein frommer Mann. Ich möchte ihn fragen, ob er bereit ist, von den Prügeln, die hinter den so verschwiegenen Kasernenmauern an die Soldaten verbrocht werden, auf sich den Behten zu übernehmen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (Soc.):

Ich möchte an den Herrn Staatssekretär die Anfrage richten, ob es wahr ist, daß Soldaten bei ihrer Einstellung zum Militär signalisiert werden, wenn sie zur Socialdemokratie gehören. Ein solches Spionagesystem ist unanständig. Allerdings würde dieses System ja demselben Geiste entsprechen, wie die Behandlung der Socialdemokraten innerhalb der Armee überhaupt. Ich erinnere Sie an den Corpsbefehl, wonach den Soldaten die Betätigung ihrer socialdemokratischen Gesinnung untersagt ist. Dieser Befehl widerspricht dem Anstand und dem Eid, den die Herren auf die Verfassung geleistet haben. Der betreffende Corpsbefehl ist zweifellos rechtungswidrig. Daher müssen wir verlangen, daß er aufgehoben wird. — Herr Oertel verteidigte das Duell. So wie er sagen auch die gewohnheitsmäßigen Diebe und Räuber, wir sind ehrliche Leute, so lange wir nicht gefaßt werden. Das ist die sogenannte Banditenmoral. (Heiterkeit und Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

führt einen neuen Duellfall an, der sich erst in den letzten Tagen ereignet hat. In einer rheinischen Provinzialstadt kam es bei einer patriotischen Feier zu einem Rencontre zwischen zwei Kaufleuten, einer derselben war Wittemeister der Reserve. Dieser forderte den anderen auf gegogene Pistolen mit dreimaligem Kugelwechsel. Der andere Kaufmann lehnte die Forderung ab und darauf ordnete der Bezirkskommandeur an, daß seitens des Offiziercorps der gesellschaftliche Verkehr mit dem Kaufmann zu meiden sei. (Hört! hört! links.) Hier ist also ein unbescholtener Mann gesellschaftlich boykottiert worden, weil er es ablehnte, den Boden des Gesetzes zu verlassen. Ich frage den Herrn Kriegsminister, ob ihm dieser Fall bekannt ist.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

verteidigt die Polen-Politik Bismarcks, die berechtigt war, weil das Deutsche Reich die hohe politische und historische Pflicht hat, das Polentum zurückzudrängen.

Abg. Lebebour (Soc.):

Durch diese Behauptung gesteht Herr Sattler ein, daß er und seine Gesinnungsgenossen die Polen als minderen Rechts behandelt wissen wollen. Durch eine solche Politik schweigen Sie die Polen zusammen zu einer festen Organisation des Widerstands. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Deshalb kann Ihre Polenpolitik nichts ausdrücken. Wenn Sie die Polen ausföhnen wollen, so geben Sie ihnen die volle Gleichberechtigung auf allen Lebensgebieten, vor allem den Gebrauch der Muttersprache. Wenn es bei uns große Staatsmänner gäbe, so würden sie die Methode anwenden, welche in der Schweiz dazu geführt hat, daß dort die verschiedensten Nationalitäten friedlich nebeneinander leben. Unsere Politik ist nicht weiter als eine schlechte Nachahmung der russischen Politik in den Ostseeprovinzen. Wenn wir die Polen freundlich behandeln würden, dann würden sie sich nicht nur mit derselben Verne wie die Deutschen einem russischen Eroberungsheer in den Weg werfen, auch die unterdrückten Polen in Rußland würden Deutschland als Retter begrüßen. (Sehr richtig!) Wenn Sie (nach rechts) also zur Rechtfertigung der Unterdrückungspolitik gegen die Polen sich auf einen Krieg mit Rußland berufen, dann schlagen Sie sich selbst ins Gesicht. Wir brauchen eine Politik der Gleichberechtigung, nicht eine Politik der Polenverdrängung. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Ich habe nicht die tiefen staatsmännischen Kenntnisse des Vorredners, (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) um ihm auf das Gebiet der hohen Politik zu folgen. Ich wollte nur konstatieren, daß es mir nicht eingefallen ist, gegen die Polen Vergewaltigungsmahregeln zu fordern.

Damit schließt die Diskussion.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt und die gestern mitgeteilte Resolution: Erhebungen über den Einfluß der früheren Beschäftigung der Stellungspflichtigen auf ihre militärische Brauchbarkeit angenommen.

Die Weiterberatung wird sodann auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 7 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zurechnung findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Sechster Wahlkreis. In Ihrem Inserat steht die Angabe des Lokals.

7. 100. 1. „Veritas“. Hr. Adolf in Altona-Ottensen, Arnoldstr. 6.

— 2. Vierteljährlich 150 M. — 3. Wöchentlich einmal.

1660 2. 21. Sie stellen an uns nicht weniger als zehn Anfragen, von denen wir nur einige als Proben wiedergeben wollen. So fragen Sie: Wo giebt es Kinderjuchenerleder zu kaufen? Von wo sind die besten Wägen zu beziehen? Welche Pant in Deutschland steht am besten? Wann und von wem wurde in Deutschland die erste Kirche gebaut? — Derrrr! Wollen Sie uns frozzen? Oder glauben Sie, wir hätten unsre Zeit und Arbeitskraft geschenkt? Oder meinen Sie, in der Redaktion des „Vorwärts“ läßen zehn Weise, die Sie beliebig mit Fragen belästigen können?

R. P. Tiefenbacher. Wenden Sie sich an die Direktion des hdtischen Viehhofs und wiederholen Sie dort Ihre Frage.

Genosse und Abonnent, Volkshausstr. 1. Ja! Niederwallstr. 6/7 (100. Gemeindehaus). 2. Nein, sondern nur zum Besuch der Fortbildungsschule und auf Kosten des Lehrlings. 3. Wenden Sie sich an die 2. Gewerbe-Inspektion, Georgenstraße 21.

Dankagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerbigung meines lieben Vaters, des Kaisers August Bernhardt, sage ich hiermit allen Bewandten und Bekannten, sowie dem Verein Gemilichkeit und dem Bezirk 657 des 6. Wahlbezirks meinen herzlichsten Dank. 25676

Herr Bernhardt und Kinder.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die großen Kranzsenden bei der Beerbigung meiner lieben Frau, Tochter und unsrer Mutter sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. Die Hinterbliebenen, 28596

Theodor Adam.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Zimmerer.

(G. B. & R., Hamburg II, Pittale Berlin 7.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Albert Bahr

am 26. d. M. verstorben ist. Die Beerbigung findet am Freitag, den 1. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des neuen Bauhofs am Altonaer Platz statt.

Um rege Beteiligung bitte

Der Vorstand.

Denkende Frauen

werden sich gern dahin belehren lassen, daß Kathreiners Malzkaffee Geschmack und Geruch des Bohnenkaffees in hohem Grade besitzt, weil er mit Extrakten aus der echten Kaffeeernte imprägniert ist. Der „Kathreiner“ ist infolge dessen auch ein wirklich geschmackverbessernder, delikater und bekömmlicher Kaffee-Zusatz.

A. Jandorf & Co.

C. Spittelmarkt 16/17 * SW. Leipzigerstrasse 64 * SW. Belle-Alliancestrasse 1/2.

Glas

Wasserbecher gepresst	4 Pf.
Citronenpressen	12 Pf.
Butterdosen gepresst	22 Pf.
Compottschalen ca. 18 cm	16 Pf.
Römer grün, antik	16 Pf.

Kaffeeservices	
Rococoform, 8 Th. für 6 Pers.	2,85
Elegante Form, 9 Th. für 6 Pers.	4,00
Elegante Form, 16 Th. für 12 Pers.	8,50

Glas

Sturzflaschen geschliffen	38 Pf.
Käseglocken geschliffen	50 Pf.
Salatschüsseln geschliffen	65 Pf.
Gambrinustulpen	28 Pf.
Champagnergläser	15, 18 Pf.

Porzellan

Kaffeetassen bunt	15 Pf.	Kaffeebecher bunt decoriert	8 Pf.
Eierservices mit Gold verziert	30 Pf.	Tassen grosse Form gerippt	17 Pf.
Dessertteller bunt decoriert	16 Pf.	Kaffeekannen	25, 35, 45 Pf.
Butterdosen bunt decoriert	33 Pf.	Compottschalen	7, 10, 28, 35 Pf.
Satztöpfe bunt	1,15, 1,35, 1,50 M.	Kuchenteller bunt decoriert	35 Pf.

Kaffeetassen

englisches Fabricat, reich decoriert 48 Pf.

Tafelservices

30 Theile für 6 Personen	7,00
30 Theile, englisches Hartsteingut .	19,75

Waschgarnituren

1,15, 1,40, 2,00, 2,75, 3,85 M.

Emaile

Kaffeekannen	25 Pf., 30 Pf., 40 Pf., 55 Pf.	Wannen	ca. 35 1,20 M., 45 1,65 M., 55 2,35 M., 65 cm. 3,50 M.
Kummen	9 Pf., 14 Pf., 20 Pf., 25 Pf.	Waschgarnituren	decoriert 1,55 M., 1,80 M. Steilig
Küchenschüsseln	ca. 16 9 Pf., 20 15 Pf., 26 25 Pf., 32 cm. 33 Pf.	Nachtgeschirre	decoriert 65 Pf., 80 Pf.
Kinderbecher decoriert	15 Pf.	Maschinentöpfe	22 Pf., 25 Pf.
Tassen mit Untertasse	10 Pf., 15 Pf.	Schaumlöffel	8 Pf., 10 Pf.
		Fenstereimer	45 Pf.
		Tassensiebe	17 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Verzinte Waschtöpfe	ca. 30 2,00 M., 34 2,50 M., 38 3,10 M., 42 cm. 3,70 M.	Fleischbretter	10 Pf., 13 Pf., 15 Pf., 22 Pf., 28 Pf.
Waschfässer mit Wulst	ca. 80 7,90 M., 90 cm. 8,90 M.	Fleischklopfer	15 Pf.

Plättbretter bezogen	2,75 M.
Kohlen-Anzünder Pack	5 Pf.

Esslöffel	10 Pf.
Theelöffel	5 Pf.

Butterdose m. vernickelt. Deckel	38 Pf.
Geleedose m. vernickelt. Deckel	48 Pf.

Unsere

Photographischen Ateliers

sind von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends geöffnet.

Visitbilder 1 Person 1 Dtzd.	1.80 M.	Cabinetbilder 1 Person 1 Dtzd.	4.80 M.	Postkarten 1 Person 1 Dtzd.	1.20 M.
Vergrößerungen, Platin- und Kunst-Papier-Drucke, Gruppenaufnahmen etc. etc. in vollendeter Ausführung.					
Vergrößerungen werden nach jeder Photographie angefertigt.					

Soeben eingetroffen: Eine neue Sendung „Oelgemälde“ (Genre, Landschaften, Marine etc.) Zu staunend billigen Preisen.

Partei-Nachrichten.

Zu den Verhandlungen der Landesversammlung untrer badischen Parteigenossen wird uns von unsem Berichterstatter noch geschrieben: Die Auslassungen untrer Landtags-Abgeordneten Dreesebach und Fendrich über die Thätigkeit der socialdemokratischen Kammerfraktion und zur Frage der Taktik bei den bevorstehenden Landtagswahlen haben der gegnerischen Presse Anlaß zu allerhand Betrachtungen gegeben, die es notwendig erscheinen lassen, den Standpunkt der beiden Redner etwas genauer zu präzisieren.

Dreesebach motivierte in Uebereinstimmung mit dem Berichterstatter Fendrich die Zustimmung der Fraktion zum Landesbudget damit, daß im Gegensatz zum Reichshaushalts-Etat, bei dem zum überwiegenden Teil Ausgaben für Arme und Marine zu bewilligen seien, das erstere zu 2/3 Aufwendungen für kulturelle Zwecke (Verwaltung, Rechtspflege, Verkehrsweisen, Handel und Gewerbe, Landwirtschaft, Kunst und Wissenschaft u.) enthält, die abzulehnen für uns nicht die geringste Veranlassung vorliegt. Auch dürfte unter solchen Umständen von dem Mittel der Budgetverweigerung nicht allzu häufig und ohne Not Gebrauch gemacht werden, wenn ihm nicht das Gewicht eines wirkungsvollen Misstrauensvotums gegen das herrschende Regierungssystem genommen werden sollte. Die Darlegungen Fendrichs über die Möglichkeit einer Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse auf dem Wege der revolutionären Gewalt bedürfen sich vollständig mit dem in der Presse hierüber herrschenden Anschauungen, insbesondere mit dem Standpunkt, den Engels in dieser Frage eingenommen hat. Die Notwendigkeit der Mitwirkung der Partei an der praktischen Kleinarbeit der Parlamente wurde von beiden Rednern in gleicher Weise betont, dabei aber ausdrücklich verlangt, daß die alleinige Richtschnur hierbei das socialistische Programm und das von diesem gewiesene Endziel der schließlich Socialisierung der Gesellschaft zu bilden habe.

Ausführlich verdrückte ich die beiden Redner über die Frage, ob untre Abgeordnete, falls die Stärke der Fraktion ihnen das gestatte, eine Vertretung in die parlamentarischen Präsidien, Ausschüsse u. delegieren sollen. Fendrich hatte diese Frage bereits vor einigen Monaten in dem von ihm geleiteten „Volksfreund“, dem Organ untrer badischen Parteigenossen, bejaht, und Dreesebach schloß sich seinen Ansichten hierüber auf der Landesversammlung in allen Punkten an. Er betonte insbesondere, daß das fortgesetzte Zurückschrecken untrer Partei vor der Erfüllung der mit den erwählten Vertretern angeblich verbundenen Repräsentationspflichten die Nachstellung der Partei insofern zu schädigen geeignet sei, als jene Körperschaften auf die Arbeiten der Parlamente und den Gang der Verhandlungen derselben einen weitreichenden Einfluß auszuüben vermögen, der ohne Vertretung untrer Partei eben auch zu deren Nachteil ausgenützt werde. Mit einer derartigen Abstinenzpolitik bereiten wir lediglich unsem politischen Gegnern Freuden, die deshalb auch alles Interesse daran hätten, uns durch die Verpötnung der „socialistischen Hoffähigkeit“ von der Ueberwindung untrer Stellung zu dieser Frage abzuhalten. Die Erfüllung der Repräsentationspflichten der parlamentarischen Präsidien u. gegenüber den Höfen bedinge, sofern sie sich auf die verfassungsmäßig vorgeschriebenen Beziehungen der Parlamente zu dem Monarchen beschränkt, keinerlei Verletzung oder Verleugnung der socialistischen Prinzipien; alle andern Beziehungen zum Hofe, wie z. B. die Teilnahme an Hoffestlichkeiten u. dgl. ohne Verletzung der übernommenen Verpflichtungen und müsse untrerseits natürlich auch abgelehnt werden.

Auf der Versammlung heraus wurde gegen diese Darlegungen der beiden Redner kein Widerspruch erhoben.

Die Landesversammlung der Parteigenossen Württembergs wird am 7. April in Stuttgart abgehalten werden. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung die Handelspolitik und die Stellung der Socialdemokratie dazu sowie die württembergische Socialdemokratie nach den Landtagswahlen.

Gegen die socialdemokratischen Abgeordneten im hiesigen Landtag, die Genossen Olier, Schmutz und Karl Becker, sind dem soeben eröffneten Landtag Wahlproteste eingereicht worden. Originell ist die Begründung des Protestes gegen die Wahl des Genossen Schmutz. Es wird nämlich behauptet, daß der unterlegene Gegner des Genossen Schmutz nicht naturalisiert und darum nicht wählbar gewesen sei.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Freie Volkshöhne. Sonntag, 3. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Carl Beiß-Theater: 5. Abteilung: „Meister Deize“. Gleichzeitig: 1. Abteilung im Lessing-Theater: „Robe rouge“ von Brieux, Drama in 4 Akten. — Deutsch von Dr. A. Werthold. (Märzfest siehe Inserat.)

Zur Lokalliste! Das Lokal von Robert Voigt, Mitterstraße 71/75, steht der Arbeiterkassette unter den bekannten Bedingungen zu Verammlungen usw. zur Verfügung.

6. Wahlkreis. Sonntag, den 3. März, abends 6 Uhr, Volksversammlung. Tagesordnung: Die hygienische Fürsorge für Frauen und Kinder und die Gemeinde. Referent Dr. Freudenberg. Diskussion. Nachdem gemüthliches Beisammensein.

Friedrichshagen. Am Sonnabend, den 2. März, abends 9 Uhr, findet im Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichstr. 69, eine Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Arthur Stadthagen spricht über das Thema: „Wohin steuern wir? Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Tokales.

Vom Rückgang der Geburten in Berlin. Die Berliner Geburtenziffern werden in dem soeben erschienenen 25. Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“, der die Statistik des Jahres 1898 enthält, für die 100 Jahre von 1799 bis 1898 mitgeteilt. Bis 1798 hatten sich die jährlichen Zusammenstellungen über die Zahl der Geburten in Berlin auf das Kirchenjahr erstreckt. Seit 1799 haben sie sich an das Kalenderjahr angeschlossen, so daß jetzt zum erstenmal für ein volles Jahrhundert vergleichbare Zahlen vorliegen. Das Auf und Ab dieser Zahlen ist überaus lehrreich. Nicht bloß Kriege und Epidemien haben darin ihre deutlich wahrnehmbaren Spuren hinterlassen; auch der Wechsel zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und wirtschaftlichem Niedergang kommt zu bedeutendem Ausdruck. Durch ungewöhnlich niedrige Geburtenziffern haben sich besonders die Jahre 1814, 1832, 1847, 1848, 1867, 1871 von ihrer Nachbarschaft ab. Die Wirkungen der Freiheitskriege, der Cholera von 1831, der Märzrevolution und der ihr vorausgehenden Hungerjahre, der Cholera von 1866, des Kriegs von 1870/71 sind hier unübersehbar zu erkennen. Nebenbei bemerkt: Der ungünstige Einfluß der Kriege auf die Geburtenhäufigkeit läßt sich wegen der Blödsinnigkeit, mit der er meist austritt, am besten verfolgen. Die Kriegserklärung von 1870 erfolgte im Juli; dem entsprechend trat im Frühjahr 1871 fast ganz unvermittelt eine starke Verminderung der Geburten ein.) Nach 1871 begann nicht nur eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs, sondern auch eine Periode hoher Geburtenziffern, die 1876 mit 47,19 Geburten pro 1000 Personen der Bevölkerung ihr Maximum erreichte. Nach 1876 trat aber ein um so stärkerer Rückgang ein, der seitdem nur gelegentlich unterbrochen worden ist und noch heute fort dauert. Seit 1898 steht die Berliner Geburtenziffer tiefer als jemals in dem ganzen Jahrhundert, 1898 erreichte sie mit 28,93 pro 1000 ihren vor-

läufig tiefsten Stand. Auch wenn man absteht von den in der That außerordentlichen Verhältnissen der 70er Jahre, die keinen Rückgang bilden können, und nur die Geburtenziffern der 80er Jahre zur Vergleichung heranzieht, bleibt der seitdem eingetretene Rückgang noch recht groß. Die Geburtenziffer sank von 1888—1898 von 34,56 auf 28,93, also um rund ein Sechstel. An sich darf nun freilich aus einem Rückgang der Geburtenziffer noch nicht auf eine entsprechende Minderung der Fruchtbarkeits-Verhältnisse der Bevölkerung geschlossen werden. Diese Ziffern sind ja nur in der üblichen Weise durch Vergleichung der Geburtenzahl mit der Gesamtbevölkerung gewonnen, während die Geburtenzahl wesentlich von der Zahl der gebärfähigen Frauen abhängt. Vergleicht man indes die Zahl der ehelichen Geburten mit der Zahl der Ehefrauen, dann zeigt sich sogar eine noch stärkere Verminderung der Geburtenhäufigkeit. Auf je 1000 Ehefrauen kam 1876 die außerordentliche Zahl von 240 ehelich Geborenen, 1888 noch 172 ehelich Geborene, 1898 aber nur noch 133. Das ist von 1888 bis 1898 ein Rückgang um ziemlich ein Viertel. Beschränkt man die Vergleichung auf das Alter bis zu 45 Jahren, was nur für die Jahre nach den Volkszählungen möglich ist, dann bekommt man für 1876, 1881, 1886, 1891, 1896 auf je 1000 Ehefrauen bis zu 45 Jahren 318, 278, 288, 226, 194 ehelich Geborene. Gegenüber einer so bedeutenden Verminderung der Geburtenhäufigkeit wird man fast zu der Annahme gedrängt, daß ihre Ursache weniger in einer Minderung der Fruchtbarkeits-Verhältnisse als in einer Verringerung der Anschauungen über den Wert des Kindersegenes zu suchen ist, die ihrerseits hauptsächlich wohl aus der fortschreitenden Erschwerung der Erwerbsverhältnisse zu erklären ist.

Das städtische Fortbildungs- und Fachschulwesen soll, wie ein hiesiges Blatt hört, demnächst eine Erweiterung erfahren, die längst als notwendig erkannt ist. Die bisher bestehenden Anstalten zur Vorbereitung und Fortbildung der Gewerbetreibenden sollen um eine neue Schulform, die „technische Mittelschule“, vermehrt werden, die ein Bindeglied zwischen der Handwerkerlehre und der technischen Hochschule zu bilden bestimmt ist. Eine Aenderung soll ferner in der Leitung des städtischen Fortbildungs- und Fachschulwesens erfolgen, die bekanntlich wieder, wie bisher, dem Leiter des Volkshulwesens mitübertragen worden ist. Herrn Stadtschulrat Gerstenberg soll ein von einem Ingenieur geleiteter „technischer Verein“ an die Seite gestellt werden, der ihn in allem das Fachschulwesen betreffenden Fragen zu unterstützen und ihm die nötigen Anregungen zu geben hat. Etwas Aehnliches war bereits im Herbst, als in der Stadtverordneten-Versammlung über den Vorschlag der Schaffung einer dritten Stadtschulratsstelle verhandelt wurde, vom Oberbürgermeister in Aussicht gestellt worden. Auch die Frage, ob der Fortbildungsunterricht fakultativ oder obligatorisch sein soll, werde (so meldet das Blatt) unter Gerstenbergs Entschieden werden, wenn der neue Schulrat auch persönlich zunächst nicht auf eine Entscheidung drängen werde. „Entschieden“ werden kann diese Frage selbstverständlich nur in dem Sinne, daß Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung ihren bisherigen Standpunkt aufgeben und sich für die obligatorische Fortbildungsschule erklären. Daß der neue Schulrat persönlich zunächst nicht auf eine Entscheidung in diesem Sinne drängen wird, ist sehr glaubhaft. So rath darf sich Herr Gerstenberg schon deshalb nicht zu einer besseren Einseitigkeit bekennen, weil er in der ganzen Zeit, die er der Stadtverordneten-Versammlung angehört hat, sich niemals als Freund der obligatorischen Fortbildungsschule gezeigt hat. Im übrigen wird Herr Gerstenberg vermutlich überhaupt kein großer „Dränger“ sein.

Der Stadtverordnete Schmeißer ist am Dienstag gestorben. Er stand im 78. Lebensjahr und gehörte der Versammlung 20 Jahre lang als Vertreter der zweiten Wählerklasse des Köpenicker Stadtviertels an. Schmeißer war Mitglied der Freien Vereinigung. (Fraktion Spinoza.)

Praktische Erneuerung. Seit Dienstag sind am Postministerium zwei neue große Doppelbriefkasten angebracht mit Einwurf für Ordensdekret und Einwurf für Sendungen nach außerhalb. Die Abteilung für Ordensdekret ist gelb, für außerhalb blau angestrichen, so daß, wenn das Publikum damit vertraut ist, Verwechslungen selten vorkommen dürften.

Mit der Einführung einer leichten Kopfbedeckung für die Omnibusfahrer ist jetzt begonnen worden. Anstatt des schweren Gylinderhutes, der bei großer Hitze zu einer wahren Pein für die Stuhler wurde, erhalten sie niedrige runde Hüte aus schwarzem Leder, die denen der Postkutsche ähnlich sehen. Diese Hüte sind sehr leicht und haben eine breite Krempe, so daß die Fahrer der Wirkung der Sonnenstrahlen jetzt nicht mehr wie früher ausgesetzt sein werden.

Konferenzen in Sachen der Warenhaussteuer finden zur Zeit unter Hinzuziehung von Vertretern der verschiedenen kaufmännischen und gewerblichen Vereine im Handelsministerium statt. Es handelt sich besonders um Erledigung zahlreicher bei dem Ministerium eingelaufener Anfragen von großen Firmen, in welchen um Auskunft darüber ersucht wird, welche Artikel die einzelnen großen Geschäfte zum April aufgeben müssen, um nicht unter das Gezei betreffend die Warenhaussteuer zu fallen. Die Steuer tritt bekanntlich erst bei einem Umsatz von 400 000 M. in Kraft, während warenhausähnliche Geschäftsbetriebe mit geringerem Umsatz von der Steuer nicht getroffen werden.

Die Zeit verfliehen hat ein Einbrecher, der Tischler Karl Schmidt, der sich das Haus Sophienstr. 28 zu einem Bodenbiefbstahl ausgedient hatte. Schmidt wartete am Dienstagabend auf der Bodentreppe, bis alle Hausbewohner schliefen, erdrückte dann den Boden und alle Verklänge und packte zusammen, was er für mitnehmenswert hielt. Da das Haus verschlossen war, so wollte er warten bis zum nächsten Morgen. In zahlreichen Kleidungsstücken, die er übereinander anzog, eingeblickt, legte er sich, nachdem er seine eigenartige Lampe, ein mit Petroleum gefülltes marmorernes Schmelzlämpchen, ausgelöscht hatte, hinter einem großen Meißelbord nieder. Gestern vormittag um 10 Uhr kam eine Frau Kramer nach dem Boden, um etwas zu holen. Als sie sah, daß alle Verklänge erbrochen waren, schlug sie Lärm. Jetzt erst erwachte der Einbrecher und versuchte, zu entkommen. Führte, Mater und Wäcker, die unten im Hause wohnten, waren aber schon zur Stelle, gaben dem Dieb eine Tracht Prügel und überlieferten ihn dann der Polizei.

Zwei jugendliche Taschendiebe im Alter von elf und zwölf Jahren wurden am 19. d. Mts. abends in der Passage, Unter den Linden, dabei betroffen, daß sie ihre Hände in die Taschen von Damen verfenkten. Sie merkten, daß Kriminalbeamte sie beobachteten, versuchten, durch die Behrenstraße zu entkommen, wurden jedoch von den Beamten verfolgt und festgenommen. Einen Teil ihrer Beute, den sie wegwarfen, fand man nicht wieder. Dagegen hatte einer der Burschen noch ein Portemonnaie mit 4.80 M.; eine der Mägen, ein Zweimarkstück, ist eine Denkmünze zur Erinnerung an das 200-jährige Kronjubiläum. Das Portemonnaie gehört einer Dame, die die Kriminalbeamten wohl haben, die sie aber nicht feststellen konnten, weil sie die Bengel verfolgen mußten. Die Dame wird gebeten, einmal im Zimmer Nr. 97 des Polizeipräsidiums vorzukommen.

Das Schicksal des Giftmörders vom Tensfeldsee, Töpfers Eugen Jänide, hat sich nun endlich definitiv entschieden. Jänide wurde auf Grund längerer, auch im Potsdamer Untersuchungsgefängnis fortgesetzter ärztlicher Beobachtungen für zur Zeit genesungsfähig erklärt und am Sonnabend von dem Potsdamer nach dem Moabitener Untersuchungsgefängnis durch zwei Kriminalbeamte gebracht. In dem Moabitener Untersuchungsgefängnis wird Jänide nur so lange bleiben, bis seitens der Stadtgemeinde Berlin, die dazu verpflichtet ist, weil Jänide dort seinen Unterhaltungswohnsitz hat,

seine dauernde Unterbringung in eine Irrenanstalt als gemeingefährlicher Geisteskranker geregelt ist.

Die Schutzvorrichtung durch Mut und Entschlossenheit erweist hat ein Fahrer der Straßenbahn auf der Linie Vinststraße-Steglich. Der Wagen 35 der Westlichen Berliner Vorortbahn war vorgestern morgen nach 8 Uhr vor dem Hause Bahustr. 41 im Begriff einen Fußgänger in voller Fahrt zu überfahren. Der Fahrer erkannte die Gefahr und setzte die Gefahrenbremse in Thätigkeit. Als der Wagen an den Mann gekommen war, sagte der Fahrer den Gefährdeten am Ruckfragen und hielt ihn so lange hoch bis der Wagen zum Stehen gebracht war. Der Passant konnte ohne jede Verletzung weitergehen.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag auf dem Bau der Diskontobank in der Behrenstraße. Eine Anzahl Arbeiter waren damit beschäftigt, eine ungefähr 35 bis 40 Centner schwere Sandsteinplatte vom Wagen abzuladen. Durch ein Versehen glitt die Platte den Arbeitern aus den Händen und zerfiel dem einen vollständig das Schienbein, zwei andre erlitten Querschnitten an den Händen.

Das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalls wurde am Dienstag früh der Straßenbahnfahrer Werner, der auf dem Straßenbahn-Depot in der Aderstraße angestellt war. Er hatte sich am Dienstagmorgen gegen 6 1/2 Uhr zum Dienst begeben und überschritt den Hof des Depots zwischen zwei aneinander laufenden Geleisen, als auf diesen gerade zwei Motorwagen rangierten. Der Beamte, der dies nicht bemerkt hatte, geriet zwischen die beiden Waggons und wurde hier vollständig festgepreßt. Der Aufsicht des Unglückslichen wurde von den rangierenden Wagenfahrern vernommen und der eine derselben ließ seinen Waggon vordrücken, damit der Unglückliche aus seiner furchtbaren Lage befreit werden konnte. Bei dieser Bewegung des Gefährts aber wurde der Körper Werners buchstäblich herumgedreht, so daß, wie später ärztlicherseits festgestellt wurde, die Rippenknochen des Beamten sich vom Fleisch lösten und zerplitterten, wobei ein Knochenplitter das Herz des Unglücklichen beschädigte. Der Schwerverletzte befand sich bei voller Bewußtsein. Er wurde mittels Drohsche nach der Charité gebracht, verfiel jedoch auf dem Wege dorthin. Bei dem Transport ankerte er in den letzten Zügen liegende Werner dem ihn begleitenden Schaffner gegenüber: „Ich werde gleich sterben, bestelle meiner Frau meine letzten Grüße.“ Werner war schon vor mehreren Jahren das Opfer eines ähnlichen Unfalls geworden. Er wurde von einem herabfallenden Wagenschild am Gesicht getroffen und erheblich verletzt. Nur einem Zufall hatte er es zu verdanken, daß der Unglücksfall damals kein tödlicher wurde.

Gram über den Verlust seiner Kinder hat den 33 Jahre alten Fischer Rudolf Freitag aus der Wipstr. 6 zu einem Selbstmordversuch getrieben. Mittwochmorgen ging er statt zur Arbeit nach dem Friedhof der Sophiengemeinde an der Freimwalderstraße. Dort sah er sich nachmittags auf dem Grabe seiner ältesten Tochter, an der er besonders gehangen hatte, eine Angel in die rechte Schläfe. Schwer verwundet wurde er von Friedhofsarbeitern aufgefunden.

Selbstmord eines dreizehnjährigen Schulfknaben. Weil er von seinem Vater gezüchtigt worden war, erhängte sich am Dienstag in Köpenick der dreizehnjährige Sohn des Arbeiters Fr. Woid. Auf einem hinterlassenen Zettel, der mit der Adresse seiner Mutter versehen war, hatte der jugendliche Selbstmörder das Motiv der That noch ausdrücklich angegeben.

Erhängt hat sich am Dienstagabend der 54 Jahre alte Arbeiter Johann Fuhr aus der Petersburgerstr. 8.

Verächtigung. Der Inhaber der Wirtschaft Schwedterstr. 17 teilt uns mit, daß die Leute, die, wie es in untrer Notiz in Nr. 48 des „Vorwärts“ heißt, den Hof in unzulässiger Weise benutzten und dem dortigen Schutz mit der Risikabel verletzten, nicht seine Gäste waren, sondern von der Straße aus in den Hof gekommen sind. Im Gegenteile ist durch seine Gäste einer der Schläger festgehalten worden.

Feuerbericht. In der Nacht zum Mittwoch kam Wilhelmstr. 30 im Dachstuhl ein größerer Brand aus, der ein Papierlager und die Dachkonstruktion zerstörte. Zu gleicher Zeit brannten Admiralstraße 21 Fußboden und Balkenlage. Kleine Wohnungsgebäude waren Müllerstr. 150, Mitterstr. 81, Weberstr. 40a und Brandenburgerstr. 6 abzufischen. Ein Alarm nach Prinzstr. 5 betraf ein Schodenfeuer in einer Tischlerei. Straßburgerstr. 87 waren in einer elektrotechnischen Fabrik Säuren in Brand geraten, der aber vom Fabrikpersonal noch vor Ankunft der Wehr erstickt wurde. Auf dem Anhalter Güterbahnhof hatten sich Pechhohlen in einem Waggon entzündet, doch konnten die Flammen leicht erstickt werden.

Der Verein für Volkshygiene veranlaßt am 1. März, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses eine Versammlung, in welcher Herr Geheimrat Professor Dr. Waldeyer über einige Schutzvorrichtungen des menschlichen Körpers gegen äußere schädliche Einflüsse sprechen wird. Der Eintritt steht jedermann frei.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nixdorf. Durch Explosion eines Jänders lebensgefährlich verletzt wurde am Dienstagabend in der Jürgen'schen Maschinenfabrik, Cammerstraße 28, der 16-jährige Formerlehrling Wilhelm Kirst, welcher Schönefelderstraße 10 bei den Eltern wohnt. Auf welche Weise sich Kirst den Jänder, welche zum Sprengen von Eisenrohren benutzt werden und unter festem Verschluss liegen, verschafft hat, steht noch nicht fest. Um zu untersuchen, was das eigenartige, ihm unbekanntes Ding enthalte, bohrte er mit einem Nagel hinein, wobei der Jänder explodierte und den bedauerndwertigen Beschling in gefährlicher Weise verletzte. Außer gänzlicher Zerstörung des linken Auges erlitt er Schußwunden im Kopfe und im Gesicht, wie ihm auch der rechte Daumen teilweise abgerissen wurde. Nachdem er in der Unfallstation in der Steinmehrerstraße Notverbände erhalten, sollte er mittels Krankentragners der Unfallstation nach einem Krankenhaus gebracht werden, doch konnte er wegen Platzmangels weder im Vrieger Kreis-Krankenhaus noch im Krankenhaus am Urban aufgenommen werden. Endlich gelang es, den Schwerverletzten in der Augenklinik in der Ziegelstraße unterzubringen. Die polizeiliche Untersuchung des eigenartigen Unfalls ist im Gange.

Auf der Wache des dritten Polizeireviers versuchte sich am Mittwochmorgen die Prostituierte Minna Rosenberger aus der Rietzenstraße 76 zu erdrosseln. Die K., eine berichtigte Person, war nachts wegen Verübung groben Aufruhrs festgenommen worden. In der Eistierzelle suchte sie sich nun am nächsten Morgen, als der Kassenjamer bei ihr eintrat, mit einer von ihrem Unterrock abgerissenen Schnur zu erwürgen. Ein Schutzmann kam noch rechtzeitig dazu, um die Ausführung des Vorhabens im letzten Augenblick zu vereiteln.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung, das heißt die bisherige, nicht die neu gewählte, ein Barm, der nicht leben und nicht sterben kann, soll am Donnerstag zusammentreten, um ihr Dasein mit einigen Daten zu beschließen, die es ermöglichen, die so sagen: Ende gut, alles gut! Aus den 11 Punkten der Tagesordnung für die Sitzung heben wir hervor: Bewilligung von Mitteln zur Erbauung von Baracken behufs Unterbringung Wohnungsloser. Erbauung eines Armenhauses und Ankauf von Kirchenlandereien zu Gemeindegärten sowie Schaffung neuer Schulräume durch An- oder Neubau. Neben einer Uebersicht von 200 000 M. steht ein Vertrag mit einem Konsortium über die Erbauung einer elektrischen Straßenbahn zum Abschluß. — Für den Abgang genug!

Weiterprognose für Donnerstag, den 28. Februar 1901. Ein wenig kühler, vorwiegend wolfig, mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Warenhaus A. Wertheim.

Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. 132-135.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

bringen wir als besondere Gelegenheit:

Damenwäsche

- Damenhemden Priesenform mit Spitze 1,35, Priesenform mit Schleifenlanguette 1,95 M.
- Damenhemden Achselschluss mit Spitze 1,55, mit Handstickerei 2,05 M.
- Damenhemden Achselschluss m. Stickerei 2,50, mit handgest. Madeira-Passe 2,75 M.
- Damenjacken Dimiti mit Spitze 1,80, Umlegekragen mit Stickerei 2,50 M.
- Damenbeinkleider runde Form mit Stickerei 1,65, 2,55 M.
- Damenbeinkleider runde Form mit Stickerei 1,80 M.
- Stickerei-Röcke 3,50, 4,50 M.
- Anstands-Röcke Piqué mit Stickerei 2,90 M.

- Deckbettbezüge Louisiana, ca. 130 x 200 cm 3,85, gestreift Dimiti, ca. 130 x 200 cm 4,25 M.
- Kissenbezüge Louisiana, ca. 83 x 83 cm 1,10, Dimiti 1,25 M.
- Dowlas-Bettlaken eine Breite ca. 100 x 225 cm 2,05 M.

Leinen- und Baumwollwaren

- Tischtücher halbleinen Drell, schwere Qualität 1,25, 1,80 M.
- Tischtücher reinleinen Drell Jacquard 1,30, 1,75 M.
- Servietten halbleinen Drell, schwere Qualität Dtz. 4,20 M.
- Servietten reinleinen Jacquard Dtz. 4,20 M.
- Servietten reinleinen Jacquard, gebleicht, gesäumt Dtz. 5, 6,80 M.
- Küchenhandtücher halbleinen Gerstenkorn Dtz. 3,40 M.
- Küchenhandtuch reinleinen Dtz. 4,60 M.
- gestümt und gebändert 6,- M.
- Stubenhandtuch halbl. Drell Dtz. 5,20 M.
- reinleinen Jacquard 5,60 M.
- Wischtücher reinleinen Dtz. 2,20 M.
- reinleinen gesäumt und gebändert 3,60 M.
- Lederstaubtücher Dtz. 1,10 M.

- Elsasser Renforcé feinfädige gute Qualität Mtr. 40 Pf.
- Hemdentuch mittelstarke Qualität Mtr. 30 Pf.
- Cretonne kräftige Qualität Mtr. 42 Pf.
- Madapolam Maccogespinn für elegante Damenwäsche Mtr. 53 Pf.
- Negligé-Satin gute Qualität Mtr. 53 Pf.
- Laken-Cretonne schwere Qualität, ganze Breite Mtr. 80 Pf.
- Piqué-Parchend vorz. Qual. Mtr. 60 Pf.
- Bettendamast elegante Blumen- und Streifen-Muster Kissenbreite Mtr. 60, Deckbettbreite Mtr. 95 Pf.

Kaffeedecken

bunt mit Fransen 1,10 und 1,35 Mk.

Hirtes Festsäle.
Empfehle ich meinen Saal jeden Sonntag an Vereine zu vergeben. Auch größere Vereinszimmer für einige Abende frei. Elisabethenstr. 14.

Gampfle alle Freunde u. Bekannten mein Weiss-Bayrischbier und gr. Spelzgeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Saal für 20-50 Personen.
H. Stramm, Ref., Ritterstr. 123.

Allen Vereinen u. Gewerkschaften
empfehle meine Räume von 20-150 Personen zu Sitzungen und Versammlungen jeder Art. - Aufsicht von echtem Münchener, Pilsener, dießigen besten Lagerbier und fr. Weibler.
W. Thiede, Seydelstraße 30.

Berufs-Bekleidung
aller Arten.
D. Wurzel & Co.,
Wrangelstrasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
Teilszahlung wöchentlich 7 Mark. 130,00*
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.
Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.
Zahnarzt **Wolf**, Leipziger Strasse 180,
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7.

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
Zischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Riesen-Stofflager
Krausenstr. 14 I. Etage,
fertigt nach Mass unter
garantiertem Sitz:
hochelegante Winterpaletots für 35 M.
hochelegante Anzüge für 30 M.
hochfeine Bekleidung für 10-12 M.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 140*
Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Damenhemden mit hübscher Handstickerei, wenig angeschmimt, 1,30. Donig, Wälschfabrik, Alexanderstraße 30, I. Vorderhaus. 514K*
Betten, Steppdecken, (pottblillig), Velthaus Reanderstraße 6. 53/18*
Kleiderbügel, Regulator, Oerndorfer, (pottblillig), Velthaus Reanderstraße 6. 53/18*
Teppiche, Gardinen, (pottblillig), Velthaus Reanderstraße 6. 53/18*
Gardinen, auch Netz, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Käthe, Grüner Weg 80, parterre. Rein Vaden. 606K*
Betten, schöner Stand, (sogar) 23 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Aufbaumöbel, ganze (Wirtshaus), auch einzeln, (pottblillig), Gartenstraße 148, I. links. 1141*
Möbel auf Teilzahlung Wrangelstraße 62. 52/12*
Tropfen mit Gärtensteinen, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Kandeln! Gebrauchte und neue Latzen, Leisten, Santholz, Bretter, Türen, Fenster, Dachpappe, Leinwand, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Fahrrad, gutes, 35,00, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, gebrauchte (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Kandeln! Gebrauchte und neue Latzen, Leisten, Santholz, Bretter, Türen, Fenster, Dachpappe, Leinwand, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Fahrrad, gutes, 35,00, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, gebrauchte (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*

Winghiff, Bobbin, Adler, Schneidnähmaschine ohne Anjahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort. Voglerstr. 35. Vadsberger, Vadsbergerstraße 35. Rein Vaden. Verkaufsstelle für Norden. Brunnenstraße 119. 455K*
Nähmaschinen, Singer, Adler, Bobbin, Winghiff, die berühmten Daropp, ohne Anjahlung, Woche 1,00. Diele's Nähmaschinen-Geschäft, Brunnenstraße 119. 455K*
Nähmaschinen: Adler, Wrona, Winghiff, Bobbin, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Nähmaschinen, Adler, Wrona, Schneidnäh, Winghiff, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung. (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
**Wäscherei! Sparsystem! 1,50, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Kandeln! Gebrauchte und neue Latzen, Leisten, Santholz, Bretter, Türen, Fenster, Dachpappe, Leinwand, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Fahrrad, gutes, 35,00, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, gebrauchte (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b***

Vermischte Anzeigen.
100 Mark zu leihen gesucht, Unterpfand Wirtschaft, 900 Mark wert. Offerten unter L. 3 an die Expedition. 1132*
Francis Lechner 0,75. Professor Parisien Pommeret, Breitestr. 19.
Elektrotechnik, Abendkurse alle Halbstunden 24, Radion. 2700b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserkraft, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Rechtsbureau, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Mehrerlei, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Augustabad, (sogar) 100 Mark, verkauft Kaldersstraße 78, I rechts. 2837b*
Wasserk